

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telefon: Kurt Döcker 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copadient

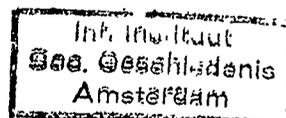
Die Herstellung erfolgt im Goldverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Zelte ist Berlin.

Berlin, den 14. April 1930

"Gesiegt"!

Aber wie ?



SPD. Mit ungeheurer Spannung ist das Ergebnis der Abstimmungen in der Montags-Sitzung des Reichstags erwartet worden. Regierungsparteien und Opposition hatten ihre letzten Reserven herangeholt. Allein 13 sozialdemokratische Abgeordnete waren am Montag mehr anwesend als am Sonnabend.

Die Aussichten für die Regierung Brüning waren also denkbar ungünstig. Trotzdem hat sie mit einer Mehrheit von 4 - 5 Stimmen ihre Steuervorlagen durchgebracht. Die stärksten Druckmittel, die Drohung mit der Auflösung des Reichstags und der Anwendung des Diktaturparagraphen 48, haben ebenso zu diesem Ergebnis beigetragen, wie der Zersetzungsprozess der Hugenbergpartei und die Kaufgelder zur Befriedigung demagogischer Interessentenwünsche. Dennoch war das Schicksal der Regierung vom Zufall abhängig, ist die Regierung Brüning die schwächste Regierung, die Deutschland je gehabt hat. Opfer über Opfer sind von ihr auf Kosten der Allgemeinheit gebracht worden. Trotzdem dieses klägliche Ergebnis, das der Regierung zwar eine Galgenfrist gewährt, aber ihr Schicksal weiterhin abhängig macht von dem Umfang der Zugeständnisse an die Handvoll Grossgrundbesitzer, die durch die Osthilfe die Rettung vor dem Pleitegeier erwarten.

In mehr als einem Dutzend namentlichen Abstimmungen ist das Schicksal der Regierung beschlossen worden. Bei den wichtigsten dieser Abstimmungen lassen sich drei Gruppen unterscheiden, die den neuen Kurs überaus deutlich erkennen lassen. In die erste Gruppe fallen die Entscheidungen über die Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel. Hier war die Mehrheit für die Regierung beträchtlich, mit 250 gegen 204 Stimmen wurde das Zollgesetz angenommen. Der Bürgerblock von Hugenberg bis Bernhard trat in Erscheinung. Obwohl die Ermächtigung für die Reichsregierung, die Zölle beliebig hinauf- und hinabzusetzen, die grössten Gefahren für die Lebenshaltung der Verbraucher enthält, ohne der Masse der Bauern zu nützen, dafür aber die industrielle Erzeugung bedroht, das Sinken der Arbeitslosigkeit verhindert, haben alle bürgerlichen Parteien das Programm der Grünen Front angenommen. Bei den Entscheidungen über die Steuererhöhungen hat sich die Hugenberg-Opposition vom Bürgerblock ferngehalten. Die Erhöhung der Biersteuer, die Einführung einer Mineralwassersteuer, die beide innerhalb der bürgerlichen Parteien heftig umstritten waren, sind daher nur mit einer knappen Mehrheit durchgegangen.

Am deutlichsten trat die Klassenfront des Bürgertums bei einigen anderen Abstimmungen hervor. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhebung eines Notopfers in der Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer der höheren Einkommen fand wiederum die Gegnerschaft aller bürgerlichen Parteien und wurde mit grosser Mehrheit abgelehnt. Das Ausnahmegesetz, die Erhöhung der Umsatzsteuer für die Grossunternehmungen des Einzelhandels wurde ebenfalls von allen bürgerli-

chen Parteien beschlossen. Demokraten und Deutsche Volkspartei, die lautesten Rufer im Streit um die Steuersenkung, gaben ihre Zustimmung zu einem der ungerechtesten Ausnahmegesetze, das sich denken lässt. Sie beugten sich dem demagogischen Geschrei einiger Krämer, die sich der unsinnigen Hoffnung hingeben, durch diese Ausnahmesteuer gegen Warenhäuser und Konsumvereine Hilfe in ihrem schweren Existenzkampf zu erhalten.

Lehrreicher noch ist die Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien gewesen, die Zuweisungen aus den Zollertragnissen an die Invalidenversicherung zu strecken. Nirgends zeigt sich die Bereitschaft des Zentrums, mit der Rechten den Abbau der Sozialpolitik vorzunehmen, deutlicher, als bei diesem Punkt. Als im Jahre 1925 das Zentrum den neuen Zolltarif mit schaffen half, wurde auf sein Antrag beschlossen, aus den Mehrertragnissen der Zölle 40 Millionen jährlich für Zwecke der Invalidenversicherung zu verwenden. Die unsozialen Folgen der Zollerhöhungen sollten auf diesem Wege gemildert werden. Jetzt aber handelt das Zentrum entgegengesetzt. Obwohl die Zölle wiederum erhöht werden und den Verbrauchern schwere Gefahren drohen, werden die im Jahre 1925 bewilligten Mittel von 40 auf 20 Millionen Mark jährlich verkürzt. Zwar sollen diese Beträge vom Jahre 1935 ab der Invalidenversicherung gewährt werden. Aber kann man auf dieses Versprechen irgendwie bauen, wenn bisher die Versprechungen schon nicht innegehalten werden?

Man komme uns nicht mit dem Einwand, das seien alles die Folgen des Austritts der Sozialdemokratie aus der Regierung. Das ist falsch und unwahr. Die bürgerlichen Parteien haben sich geweigert, die Vorlage der Reichsregierung über die Arbeitslosenversicherung anzunehmen. Sie waren es, die weitere Lasten als für die Wirtschaft unerträglich bezeichneten. Wie sich jetzt zeigt, galt das nur für Lasten, die zugunsten der notleidenden Schichten des Volkes erforderlich sind. Denn was die bürgerlichen Parteien jetzt der Gesamtwirtschaft an Lasten aufgebürdet haben, das ist ein Vielfaches dessen, was die Sanierung der Arbeitslosenversicherung gekostet haben würde.

In Wirklichkeit ist der Kurswechsel, den die Regierung Brüning darstellt, der Ausdruck der seit langem bei allen bürgerlichen Parteien bestehenden Absicht, sich dem Einfluss der Sozialdemokratie zu entziehen. Die Neuregelung der Finanz- und Sozialpolitik, die nach der Annahme des Young-Planes notwendig geworden ist, soll der Befestigung der Stellung der kapitalistischen Gruppe dienen, bei gleichzeitiger Einschränkung der sozialen Fürsorge und der Lebenshaltung der Massen. Weil die Sozialdemokratie nicht bereit war, als Feigenblatt für solche reaktionäre Zwecke zu dienen und weil die Furcht vor der Auflösung alle bürgerlichen Parteien beherrscht hat, ist man selbst vor schlimmen Opfern der Gesamtwirtschaft nicht zurückgeschreckt.

Für den Augenblick haben sich damit die bürgerlichen Parteien der Abrechnung entzogen. Auf die Dauer werden sie ihr nicht entgehen. Die Sozialdemokratie wird zeigen, dass sie auch in der Opposition eine Macht ist, dass von ihr allein die Interessen der werktätigen Massen gewahrt werden, und dass ohne sie keine Politik möglich ist, die eine wirkliche Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens bringen soll.

SPD. Dresden, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der frühere Kommandeur der Dresdener Infanterieschule, Generalleutnant von Falkenhausen, hat an den Reichswehrminister einen längeren Brief gerichtet, indem er seine von dem "Völkischen Beobachter" behauptete Mitgliedschaft zur Nationalsozialistischen Partei als "frei erfunden" bezeichnet. Generalleutnant von Falkenhausen führt in seinem Brief ferner Beschwerde darüber, dass die im Zusammenhang mit der falschen nationalsozialistischen Meldung von der Linkspresse gegen seine Person und seine Dienstauffassung gerichteten Angriffe vom Reichswehrministerium nicht zurückgewiesen worden sind.

SPD. Altona, 14. April (Eig. Drahtb.)

Die Untersuchung der Bombenattentate von Oldesloe und Neumünster hat zu insgesamt 4 Verhaftungen geführt. Festgenommen wurden der Sattler Koch, der Chemiker Hellmann, die Kaufleute Müller und ein gewisser von Willamowitz. Die Sprengstoffladungen wurden nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen in einer Hamburger Wohnung zusammengestellt und auf Kraftwagen an den Tatort befördert. Die Verhafteten, die sämtliche dem Wehrwolf angehören, geben ihre Täterschaft zu.

SPD. Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Prüfung der Zustände in der Berliner Stadtverwaltung vernahm am Montag den Kaufmann Blobelt der nach Aussage von Günther Stadtrat Busch am besten kennen und über seine Geschäfte am genauesten informiert sein soll.

Blobelt hat mit Futtermitteln, Mais, Roggen, Heu, Schweinen, Petroleum und Grundstücken gehandelt. Seine Beziehungen zu Busch reichen bis in das Jahr 1917 zurück. Er hat seinerzeit mit ihm einen Interessenvertrag abgeschlossen, der auch jetzt noch läuft. Danach hat er für jedes Geschäft an Busch einen Anteil abzugeben; umgekehrt sollte Busch für jedes von ihm abgeschlossene Geschäft einen Anteil an den Zeugen zahlen. Blobelt beschwert sich bitter darüber dass er an Busch immer ehrlich gezahlt hat, so u.a. während des Krieges für eine Lieferung von 50 000 Schweinen allein 600 000 Mark. Dagegen hat Busch immer behauptet, er habe nichts verdient und könne ihm auch nichts abgeben. Auf Initiative von Busch gründeten beide schliesslich die Petrolea. In dem Disziplinarverfahren gegen Busch, das seinerzeit beim Oberpräsidium Berlin-Brandenburg schwebte, hat Günther versucht, Blobelt als Zeugen unter Hinweis auf den Interessenvertrag zu beeinflussen. Später versuchte Busch den Interessenvertrag zu lösen, als der Zeuge ihn drängte, seine Anteile an ihn abzugeben. Als er dann hörte, dass die Stadt über Hiller das Gut Düppel kaufen wollte, hat Blobelt seinen Kompagnon Busch vor Hiller gewarnt. Hiller hat ihn, den Zeugen, bei früheren Geschäften wiederholt ausgeschaltet. Hiller hat dann über Busch an den Zeugen 5000 Mark und 10 000 Mark gezahlt.

Der Zeuge schildert weiter, dass Günther ihn im vorigen Jahr gebeten habe, das Material über Stadtrat Busch der Stadt zu verkaufen. Busch habe zweifellos Millionen verdient, sich aber weder gegen Günther noch gegen Blobelt anständig gezeigt. Günther habe sich die Sache so vorgestellt, dass er mit 10 Prozent an den Summen beteiligt werden würde, die die Stadt eventuell wieder zurückbekomme. Günther habe dann mit Justizrat Lüdicke verhandelt, der deutschnationaler Stadtverordneter ist und das Material der Stadt anbieten sollte. Lüdicke habe aber 2000 Mark Kostenvorschuss verlangt, den er, der Zeuge, bezahlen sollte. Das habe er nicht getan; daraufhin habe Lüdicke die Vertretung nicht übernommen. Im übrigen behauptet der Zeuge, dass er bei Grundstücksverhandlungen mit der Stadt nichts verdient habe. Es seien kleinere Geschäfte im Norden in Aussicht gewesen, die sich aber zerschlagen hätten.

Der Zeuge erklärt dann, eines Tages sei er in das Büro der Petrola bestellt worden, wo eine Aussprache zwischen Busch und dem demokratischen Stadtrat Katz stattgefunden habe. Man habe dort einen Grundstückskauf zwischen der Stadt und dem Kaufhaus Wertheim beraten. Damals sei er, Blobelt, von den beiden Stadträten beauftragt worden, das Geschäft zu machen und die Provision, die Wertheim geben sollte, mit ihnen zu teilen. Aus dem Geschäft sei aber nichts geworden. Als der Zeuge weiter nach Einzelheiten gefragt wird, gibt er an, dass Katz ihn einmal aufgefordert habe, für Geschäfte wie das mit Wertheim vorgesehene eine Firma zu gründen, die als Deckmantel dienen sollte. Das habe er abgelehnt. Der demokratische Stadtrat Katz bestreitet die Darstellung des Zeugen Blobert ganz entschieden. Mit dem gegen ihn vorgebrachten Material habe man schon vor einem halben Jahr einen Erpressungsversuch an ihm versucht. Es

sei wohl möglich, dass er mit Busch über die Angelegenheit Wertheim gesprochen habe. Aber seinerzeit sei Busch nur als Sachverständiger in Frage gekommen. Das Grundstück hätte damals von der Strassenbahn direkt gekauft werden können. Blobelt bleibt dagegen bei seinen Angaben und Günther bestätigt, dass ihm Blobelt schon vor Jahren die gleiche Darstellung von der Unterredung Busch-Katz in der Angelegenheit Wertheim gegeben habe wie er sie dem Ausschuss vorgetragen hätte.

Zeuge Stadtverordneter Dr. Faltz (DVP) erklärt, dass er den Bekundungen von Günther keinen grossen Wert beimesse. Günther sei zweimal bei ihm gewesen, habe aber seinen Namen nicht genannt, sondern sich als Schriftsteller Carus vorgestellt, der Material gegen Busch hätte, und es der Stadt anbieten wolle. Er habe davon gesprochen, dass die Stadt dadurch fünf Millionen zurückbekommen würde und er von dieser Summe für seine aufklärende Arbeit 10 Prozent, also 500 000 Mark verlange. Er habe daraufhin sein Erstaunen geäussert, dass jemand, der aufklären wolle, solche hohen Summen verlange. Daraufhin habe Carus alias Günther zu ihm gesagt: "Ich nehme selbstverständlich soviel wie ich kriegen kann, und auch Sie würden nicht anders handeln."

Aus der weiteren Vernehmung geht hervor, dass Blobelt in dem Disziplinarverfahren gegen Busch als Zeuge aufgetreten ist, aber damals nichts von den angeblichen Abmachungen zwischen Busch und Katz über eine Provision von dem Wertheimgeschäft gesagt hat. Es wird ferner festgestellt, dass Busch vor der Stadtverordnetenwahl grosse Summen springen lassen wollte, wenn er wieder Stadtrat hätte werden können. Er hat damals Fühler ausgestreckt zu den Sozialdemokraten, der Volkspartei, den Demokraten und auch der Wirtschaftspartei, hat aber überall einen Korb bekommen.

SPD. Hamburg, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der verantwortliche Redakteur der kommunistischen Hamburger "Volkszeitung" wurde am Montag wegen Beleidigung und Verleumdung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Im Januar hatte die Hamburger "Volkszeitung" behauptet, dass bei der Verwaltung des Hamburger Gewerkschaftshauses grosse Unterschlagungen etc. aufgedeckt worden seien. Eine Aufsichtsratssitzung der Gewerkschaftshaus G.m.b.H. habe sich mit dem sozialfaschistischen Korruptions- und Parteiskandal beschäftigt, obwohl eine derartige Sitzung niemals stattgefunden hat. Massgebende Persönlichkeiten der Hamburger Gewerkschaftsbewegung wurden gleichzeitig in der gemeinsten Weise beleidigt und verdächtigt.

In der Begründung des Urteils wird festgestellt, dass die verleumderischen Beleidigungen völlig aus der Luft gegriffen sind.

SPD. Halle, 14. April (Eig. Drahtb.)

Die sogenannte Reichsleitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition der Fabrikarbeiter rüft die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter zu einem Kongress auf, der am 18. und 19. April in der unmittelbaren Nachbarschaft der Leunawerke, Merseburg, stattfinden soll. Zu diesem Kongressrummel nahmen über 200 Funktionäre der Freien Gewerkschaften des Leuna-Werkes folgende Entschliessung an :

"Die Freien Gewerkschafts-Funktionäre der Leuna-Arbeiterschaft nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem neuen schändlichen Verrat der kommunistischen Partei. In demselben Augenblick, in dem die Freien Gewerkschaften in Mitteldeutschland für die chemische Industrie den Bezirksmanteltarif gekündigt haben und sie die mitteldeutschen Chemiearbeiter zur grössten Einheit aufrufen, in diesem Augenblick ruft die KPD die Chemiearbeiter zu einem Sonderkongress auf. Die-

ser kommunistische Sonderkongress soll die "Sozialfaschisten" entlarven, das heisst auf deutsch, das Vertrauen zur freigewerkschaftlichen Führung soll im Augenblick des Kampfes zerschlagen werden. Damit gibt die KPD wieder einmal ein Schulbeispiel, wie man systematisch und planmässig die Arbeiterschaft spaltet. Erst vor wenigen Wochen haben die Kommunisten im Leunawerk bei der Betriebsratswahl fast 5 000 Stimmen und 5 Sitze im Betriebsrat verloren. Das war eine deutliche Absage der Leuna-Belegschaft an die kommunistischen Kampfmethoden. Seit dieser Zeit ist der Kampf der KPD gegen die Freien Gewerkschaften noch schärfer geworden. Der Aufruf zu einem kommunistischen Chemiarbeiterkongress nach Merseburg ist ein neuer Anschlag gegen die gewerkschaftliche Einheit der Chemiarbeiter. Von der Solidarität der deutschen Chemiarbeiterschaft wird erwartet, dass sie diesem neuesten Spaltungsmanöver ganz entschieden entgegentritt!"

SPD. Delitzsch, 14. April (Eig. Drahtb.)

Im Verlaufe einer von den Nationalsozialisten veranstalteten Versammlung kam es zu einem scharfen Zusammenstoss zwischen den aus Leipzig und Halle herangeholten nationalsozialistischen Rollkommandos und der Delitzscher Arbeiterschaft. Die Rollkommandos fielen mit Bierseideln, Tisch- und Stuhlbeinen und Dolchen über die Arbeiterschaft her.

Die Polizei lehnte es ab, die von Leipzig und Halle herangeholten Nationalsozialisten auf Waffen zu untersuchen.

SPD. Paris, 14. April (Eig. Drahtb.)

Mit der Abreise Briands aus London, die am Montag nachmittag erfolgte, ist das Kapitel der Londoner Flottenkonferenz für Frankreich geschlossen. Jetzt macht man sich daran, von Paris aus die Schlussbilanz dreimonatlicher fruchtloser Verhandlungen und Aneinander-Vorbeiredens zu ziehen.

Die Stimmung ist heute in Frankreich, da nur noch eine Formalität bis zum endgültigen Begräbnis der Konferenz zu erledigen ist, noch freudloser und pessimistischer als zu Beginn der Konferenz. Zwar las man vom ersten Tage an in der französischen und sogar in einem Teil der Auslandspresse nur von ununterbrochenen Erfolgen der geschickten Verhandlungstaktik der französischen Delegation und von den fortgesetzten "Siegen" der französischen These. Heute aber gibt sich in den hiesigen politischen Kreisen kaum noch jemand einem Zweifel darüber hin, dass diese "Siege" Pyrrhussiege waren und die französische Politik der nächsten Jahre und vielleicht der nächsten Jahrzehnte schwer unter der Bürde, die sie von der Londoner Konferenz mit auf den Weg bekam, zu tragen haben wird. Auf die rauschendsten Phrasen Tardieus, der noch vor drei Tagen in der Kammer auf einen Angriff Léon Blums zu erwidern wagte, Frankreich könne auf die in London erzielten Ergebnisse stolz sein, ist der allgemeine politische Katzenjammer gefolgt.

Die Londoner Ergebnisse müssen sich nach zwei Seiten sehr zu Ungunsten Frankreichs auswirken! Einmal durch das Scheitern aller in London von französischer Seite unternommenen Versuche, mit dem einstigen Alliierten England wieder ein wärmeres Verhältnis herzustellen. Die Ablehnung der französischen Initiative um den Zutritt Englands zu der französischen Interpretation des Artikels 16 der Völkerbundssatzung, war nur das letzte Glied in der fortschreitenden Abkehr Englands von der französischen Politik, die mit dem Sturz der Konservativen begann, sich über den Haag und Genf fortsetzte und nach dem englisch-amerikanischen Flottenabkommen in London den Schlusspunkt bekam. Diese fortschreitende Isolierung Frankreichs ist umso bedenklicher, als London zugleich auch die Zuspitzung des italienisch-französischen Gegensatzes bedeutet. Diese Verdunkelung des politischen Horizontes wird von den wirtschaftlichen

und budgetären Belastungen unterstrichen, die sich bei näherer Betrachtung als die realpolitische Seite des angeblichen Sieges in der Frage der uneingeschränkten Flottenbaumöglichkeiten Frankreichs erweisen. Denn dieser Handlungsfreiheit Frankreichs steht dieselbe Handlungsfreiheit auf italienischer Seite gegenüber, wo man sicher nichts unversucht lassen wird, um die, dank Frankreich Halsstarrigkeit ermöglichte, Unbeschränktheit der Flottenausrüstungen zu einer möglichst grossen Annäherung der faschistischen Seemacht an die französische Flotte auszunutzen. Der französische Steuerzahler wird über diesen Sieg der "geschickten Diplomatie" Tardieu noch manches Lied zu singen haben.

Tardieu, der aus rein persönlichem Ehrgeiz Briand in den Hintergrund zu drängen wusste und die Leitung der französischen Aussenpolitik gewaltsam an sich riss, wird allein die Folgen für den Misserfolg der Londoner Flottenkonferenz zu tragen haben.

SPF. Konstantinopel, 14. April (Eig. Dr.)

In Smyrna gab ein angeblicher Kommunist namens Muhiddin auf den Chefredakteur des nationalistischen Blattes Nisnat mehrere Schüsse ab, ohne ihn jedoch ernsthaft zu verletzen. Das Attentat erfolgte wegen der arbeiterfeindlichen Schreibweise des nationalistischen Blattes. Der Täter wurde verhaftet.

SPD. Mexiko-City, 14. April (Eig. Dr.)

Im Sinaloastaat kam es zu schweren Kämpfen zwischen Bundestruppen und Banditen. 9 Banditen wurden getötet; der Rest wurde zersprengt.

SPD. Sofia, 14. April (Eig. Drahtber.)

Ein ebenso heisser wie alter Wunsch der bulgarischen Sozialdemokratie ist in Erfüllung gegangen: Die Partei hat sich durch den Ankauf von zwei stattlichen und geräumigen Gebäuden in Sofia, ul. Klementina Nr. 49 ihr erstes eigenes Heim, ihren "Naroden Dom" (Volkshaus) geschaffen, wohin die zentrale Parteiverwaltung bereits übersiedelt ist. Das Haus soll ein Zentrum für die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung des Landes werden.

Der sozialistische "Narod" weist darauf hin, dass das freudige Ereignis leider in eine Zeit schwerster Tage für die Partei falle. Die politische Reaktion herrsche und die furchtbare wirtschaftliche und soziale Lage der werktätigen Bevölkerung lasse kaum Raum für die verdiente Freude und den berechtigten Jubel der Parteimitgliedschaft.

SPD. Köln, 14. April (Eig. Drahtb.)

Ein Kölner Möbelhändler produzierte sich in der Nacht von Sonntag auf Montag in Muehlen bei Bonn als Einbrecher. Er brach bei einem Grosshändler ein, konnte aber noch während der Tat durch ein Überfallkommando festgenommen werden. Der spitzbübische Möbelhändler hatte bereits 23 000 Zigaretten und 130 Pakete Tabak zur Mitnahme eingepackt.

SPD. An der Montag-Sitzung des Reichstags haben folgende Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion nicht teilgenommen: Bock, Eggerstedt, Hoffmann-Kaiserslautern, Jäcker, Müller-Lichtenberg, Pfülf, Quessel, Schmidt-Berlin, Schreck, Siemsen und Staab.

Die meisten dieser Abgeordneten waren durch schwere Krankheit an der Teilnahme verhindert.

+ + +
Von den Deutschnationalen haben gegen die Tabak- und Zuckersteuergesetze gestimmt: die Abgg. Dr. Agona, Dr. Bang, Berndt, v. Bartenwerffer, Dr. Everling Frhr. von Freytagh-Loringhoven, Dr. Hanemann, Dr. Hugenberg, Laverrenz, Frau Lehmann, Dr. Oberfohren, Dr. Quatz, Rieseberg, Schmidt-Hannover, Soth, Dr. Spahn, Dr. Steiniger, Stubbendorff, v. Troilo, Dr. Wienbeck, Nicht mitgestimmt haben von den Deutschnationalen die Abgg. Biener, Graf zu Eulenburg, Gok, v. Goldacker, Graef-Thüringen, Frau Mueller-Otfried, Wege, Wolff-Stettin. Die übrigen Deutschnationalen haben dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Bei den Regierungsparteien fehlten: vom Zentrum die Abgg. Imbusch, Dr. Kaas (Trier), Schlack, Tremmel, Ulitzka; von der Deutschen Volkspartei Abg. Kampkes, von den Demokraten die Abgg. Erkelenz, Dr. Haas-Baden, Meyer-Berlin; von der Wirtschaftspartei Abg. Köster; von der Christlich Nationalen Arbeitsgemeinschaft und von der Bayerischen Volkspartei fehlte niemand. Mit Ja stimmten ferner die Deutsche Bauernpartei, von der die Abgg. Ederer, Dr. Fehr-München und Haindl fehlten. Die Deutsch-Hannoversche Partei stimmte geschlossen mit Ja, ebenso die beiden Abgeordneten der Volksrechtspartei sowie der parteilose Abg. Bruhn. Von den Kommunisten fehlten die Abgg. Heckert, Pfeiffer und Thälmann.

Bei der Abstimmung über die Mineralwassersteuer wurden 454 Stimmzettel abgegeben, wovon drei ungültig waren. Von den 451 gültigen Stimmen lauteten 227 für, 223 gegen das Gesetz. Der Abg. Dr. Strathmann (Dn) hat sich der Stimme enthalten. Geschlossen dafür stimmten die Regierungsparteien. Geschlossen dagegen stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, ferner der wilde Kommunist Froelich-Leipzig. Weiter stimmten dagegen von den Deutschnationalen 19 Abgeordnete: Dr. Agona, Dr. Bang, Berndt, Bartenwerffer, Dr. Everling, Frhr. von Freytagh-Loringhoven, Dr. Hanemann, Dr. Hugenberg, Laverrenz, Frau Lehmann, Dr. Oberfohren, Dr. Quatz, Rieseberg, Schmidt-Hannover, Soth, Dr. Spahn, Dr. Steiniger, Stubbendorff, v. Troilo, Dr. Wienbeck. Mit den Regierungsparteien dafür stimmten 35 deutschnationale Abgeordnete, fünf Abg. der Deutschen Bauernpartei, die Deutsch-Hannoversche Partei, die Volksrechtspartei und der parteilose Abg. Bruhn.

SPD. Merseburg, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der preussische Minister des Innern hat den Regierungspräsidenten in Merseburg beauftragt, mit verschiedenen mitteldeutschen Gemeindeverbänden über die Bildung eines grossen Zweckverbandes zu verhandeln, der sich aus der Stadt Merseburg und 11 Landgemeinden der jetzigen Zweckverbände Leuna und Dürrenberg zusammensetzen soll. Damit hat der Minister zu erkennen gegeben, dass er sich gegen die beabsichtigten Eingemeindungsbestrebungen wendet.

SPD. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelen, der infolge Krankheit an den letzten Verhandlungen des Reichstags nicht teilnehmen konnte, soll, wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, seiner Reichstagsfraktion mitgeteilt haben, dass er sich im Falle der Anwesenheit bei den Abstimmungen über die Deckungsvorlagen auf keinen Fall der Haltung seiner Fraktion anschliessen würde. Die Demokratische Fraktion hat den Gesetzen aus Angst vor Neuwahlen zugestimmt.

SPD. London, 14. April (Eig. Drahtb.)

Am Montag letzte Schatzkanzler Churchill dem Unterhaus das Budget vor. Vom frühen Morgen an umlagerten grosse Menschenmassen die Dienstwohnung des Schatzkanzlers. Der Sitzungssaal war so überfüllt, dass hunderte von Abgeordneten auf der Tribüne Platz nehmen mussten. Die sonst dem Publikum zugänglichen Sitze wurden grösstenteils für die Hochfinanz und die führenden Männer der Wirtschaft reserviert.

Von der Arbeiterpartei mit lebhaftem Beifall begrüsst, verlas Snowden seine ungewöhnlich kurze Budgetrede, mit einer sachlich ruhigen Präzision, die in merkwürdigem Gegensatz zur Aufregung des Parlamentes stand. Die erwarteten Überraschungen und Steuersensationen brachte Snowdens Budget nicht. Der Schatzkanzler entfernte sich von der herkömmlichen Linie der britischen Budgets am Montag noch weniger als im Jahre 1924. Der Ausgangspunkt seines Budgets ist ein Defizit von 290 Millionen Mark. Er hat sich deshalb gezwungen gesehen, verschiedene Steuererhöhungen vorzunehmen, obwohl das Budget an sich mit 15 790 Millionen Mark balanciert und es damit aus dem Wirtschaftskörper 500 Millionen Mark weniger herauszuholen sucht, als das letzte konservative Budget. Die notwendige Mehrbesteuerung nimmt Snowden in seinem Budget auf eine steuerpolitisch durchaus "orthodoxe" Weise. Die wichtigste Massnahme ist eine Erhöhung der Einkommensteuer um 2,5 Prozent; Snowden hat diese Steuer jedoch so veranlagt, dass sie dreiviertel aller Einkommensteuer-Pflichtigen, also die Personen mit kleineren Einkommen, überhaupt nicht berührt. Eng verknüpft hiermit ist eine geringfügige Erhöhung der Besteuerung für alle Personen mit einem Jahreseinkommen von über 40 000 Mark. Auch die Erbschaftssteuer hat Snowden nicht in dem Masse erhöht, wie man erwartet hatte. Lediglich bei einem Erbgut von 40 Millionen Mark und mehr tritt eine Steuererhöhung, und zwar von 40 auf 50 Prozent ein. Daneben hat der Schatzkanzler eine kleine Erhöhung der Biersteuer vorgenommen, die allerdings nach seiner Auffassung nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden wird. Die ohnedies lächerlich niedrige Steuer auf Rennen, Totalisatoren und auf Telephone der Buchmacher wird völlig abgeschafft. Die Gründe hierfür liegen in der Auffassung der Arbeiterpartei, dass der Staat aus der unmoralischen Wettleidenschaft keinen Profit ziehen darf. Im übrigen zeigt sich der Wunsch nach einem möglichst soliden Budget in der Tatsache, dass Snowden die Industrieschutzzölle und die sogenannten Mac Kenna Zölle auf die Einfuhr von Uhren, Automobilen und optischen Instrumenten nicht abgeschafft hat.

Alles in allem genommen dürfte das Budget lediglich wegen der Einkommensteuererhöhung ernsthafte Widerstände auf bürgerlicher Seite wecken. Es kann jedoch als wahrscheinlich gelten, dass Snowden sich in dieser Richtung vielleicht sogar der Zustimmung des liberalen Führers von vornherein versichert hat. Snowdens Budget ist das Budget einer Regierung, die über das gegenwärtige Finanzjahr hinaus im Amte zu bleiben gedenkt und keineswegs durch ein soziales Kampfbudget eine Wahlparole zu finden wünscht.

SPD. Der Landesverband Preussen im Reichsbund Deutscher Mieter nahm auf seiner Tagung in Halle eine Entschliessung an, in der er mit lebhaftem Bedauern feststellt, dass das in Fragen des Mieterschutzes ausschlaggebende Amt des Reichsjustizministers mit einem Vertreter der Hausbesitzerpartei, der sogenannten Wirtschaftspartei besetzt worden sei. Die deutsche Mieterschaft habe zu dem Reichsjustizminister Professor Dr. Bredt nicht das Vertrauen, dass er die Interessen der Mieter bei der Behandlung der Fragen des Mieterschutzes hinreichend berücksichtigen werde, zumal er gerade jetzt mit einer einseitigen Kampfschrift über "Die Wohnungszwangswirtschaft" im Interesse des Hausbesitzers an die Öffentlichkeit getreten sei. Die organisierte Mieterschaft Preussens werde die Massnahmen des jetzigen Reichsjustizministers mit besonderem Misstrauen beobachten und gegebenenfalls gemeinsam mit der Mieterschaft der anderen Länder die notwendigen Kampfmassnahmen ergreifen.

SPD. Magdeburg, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der Bundesvorstand des Reichsbanners beschäftigte sich am Montag mit der politischen Lage. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit insbesondere auch hinsichtlich jener Frage, die in letzter Zeit von einigen übereifrigen Zentrumsblättern zur Debatte gestellt worden war. Nach Ostern wird der Bundesvorstand des Reichsbanners mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit treten.

Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten waren zu den Beratungen vollzählig erschienen.

SPD. An der Schlussabstimmung des Reichstags über das Gesetz, das die Biersteuer und die Umsatzsteuer umfasst, beteiligten sich 453 Abgeordnete. Der Gesetzentwurf wurde mit 228 gegen 233 Stimmen angenommen. Gegen den Gesetzentwurf stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, der fraktionslose Kommunist Frölich-Leipzig sowie folgende zwanzig Deutschnationale: Agena, Bang, Berndt, v. Bartenwerffer, Everling, v. Freytagh-Loringhoven, Hanemann, Hugenberg, Laverrenz, Frau Lehmann, Oberfohren, Quaatz, Rieseberg, Schmidt-Hannover, Soth, Spahn, Steiniger, Stubbendorff, v. Troilo, Wienbeck. Mit den Regierungsparteien stimmten für das Gesetz 36 Deutschnationale, die deutsche Bauernpartei, die Deutsch-Hannoversche Partei, die beiden Mitglieder der Volksrechtspartei und der fraktionslose Bruhn. Die Abgeordneten, die nicht mitstimmten, waren die gleichen wie bei der Abstimmung über die Tabaksteuer.

SPD. Bern, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der Geschäftsbericht des aussenpolitischen Departements des Schweizer Bundesrates über das Jahr 1929 zeichnet trotz aller diplomatischen Zurückhaltung ein trübes Bild von dem Los der Schweizer Bauern in Russland. Wie seinerzeit deutsche Bauern als Kolonisten nach Russland auswanderten, so haben sich auch mehrere tausend schweizer Bauern nach und nach auf russischem Boden angesiedelt, sie mussten in den letzten Jahren in steigendem Masse den Fürsorgedienst der schweizer Behörden in Anspruch nehmen. Infolge der Überbelastung mit Sowjetsteuern wanderten im Juli vorigen Jahres 75 Schweizer Bauernfamilien aus dem Kaukasus nach Kanada aus. Im weiteren Verlauf des Jahres flüchteten 18 Familien aus Nord- und Zentralrussland, 5 aus der Ukraine und Südrussland und weitere 80 aus dem Kaukasus. Verblieben in der Sowjetunion sind ungefähr noch 1500 schweizerische Staatsangehörige und zwar hauptsächlich, weil es ihnen nicht möglich war, die Kosten der Ausreise aufzubringen.

SPD. New Dehli, 14. April (Eig. Drahtb.)

Der Präsident des indischen Nationalkongresses Nehru wurde am Montag wegen Verletzung der Salzgesetze verhaftet und sofort zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Als die Nachricht von seiner Verhaftung in Bombay eintraf, wurden die Baumwoll-, Edelmetall-, Sämerei- und Aktienbörsen sofort geschlossen.

SPD. Bukarest, 14. April (Eig. Drahtb.)

Dem Korrespondenten der "Soz. Pressedienst" in Bukarest Dr. Meissel wurde am Montag von der Bukarester Sicherheitspolizei mitgeteilt, dass er Rumänien innerhalb drei Tagen zu verlassen habe. Irgend ein Grund zu diesem Schritt der rumänischen Polizei wurde nicht angegeben.

Anm. f. d. Red.: In der Londoner Meldung über das Unterhaus muss es im ersten Satz heissen: "Am Montag legte Schatzkanzler Snowden . . .

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 14. April (Eig. Bericht)

Seit Jahren leiern die Kommunisten ihre Oppositionsreden im Reichstags-saale herunter. Niemand hört ihnen zu. Seit Jahren tönen auch die Deutschnationalen in Opposition. Niemand regt sich darüber sonderlich auf. Seit aber die geeinte und starke Sozialdemokratie in Opposition getreten ist, gestaltet sich das politische Leben in Deutschland spannend. Seit 10 Tagen steht der Reichstag im Mittelpunkt des gesamten politischen Interesses in Europa. Vom Sonnabendmittag bis in die Nachmittagsstunden des Montag wurde der Reichstag von einer ungeheuren Hochspannung beherrscht. Vielleicht hat er in den 60 Jahren seines Bestehens kaum jemals ein so hartes Ringen um die letzte Entscheidung, auch um die Frage, ob Auflösung oder nicht, erlebt.

Vom Sonnabend vormittag an gaben sich alle Fraktionen die erdenklichste Mühe, jeden Abgeordneten heranzuholen, dessen Gesundheitszustand die Reise erlaubt. Am Montag war das ganze Haus in ständiger lebhafter Bewegung. Die Wandelhalle war überfüllt von Abgeordneten, Journalisten und Besuchern. Alles rechnete alles zählte. Mit jedem neu in Berlin einlaufenden Zuge verschoben sich die Chancen, einmal zugunsten, einmal zu Ungunsten der Regierung. Allmählich rechnete man eine Mehrheit von 3, von 5 oder gar 6 Stimmen für die Regierung Brüning heraus. Gegen 1 Uhr war die Sozialdemokratische Fraktion bis auf 11 fehlende Mitglieder versammelt. Es wird jeder sozialdemokratische Abgeordnete, der bei dieser Abstimmung fehlte, vor seinen Wählern nachzuweisen haben, ob ihm wirklich die Reise nach Berlin ganz unmöglich gewesen ist.

Im Sitzungssaal konnten nur wenige Redner noch Aufmerksamkeit gewinnen. Von den Kommunisten sprachen noch einige Abgeordnete vor beinahe ganz geleerten Bänken. Sie stiessen fürchterliche Drohungen gegen die Sozialdemokratie aus, die in dem etwa kommenden Wahlkampf von den Kommunisten berannt werden soll. Auch unmittelbar vor der Möglichkeit einer Volksbefragung rennen die Kommunisten blind brüllend nur gegen die Sozialdemokratie los. Der Landbundführer Zepp von der Christlich-Nationalen Bauernpartei erklärte, dass die Landwirte noch immer nicht zufrieden seien. Die Zölle seien noch nicht hoch genug, die Steuern belasteten die Landwirtschaft noch zu sehr. Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding sprach über die verhängnisvollen europäischen Folgen der neuen deutschen Hochschutzzollpolitik. Sie werde zur Folge haben, dass auch die anderen Länder ihre Zollmauern gegen Deutschland erhöhen. Dadurch könne die deutsche Ausfuhr sich so senken, dass weitere 1 1/4 Millionen deutscher Arbeiter brotlos würden. Wo aber solle dann der Absatz für die landwirtschaftlichen Produkte bleiben? Hilferding kündigte ferner gewaltige Lohnbewegungen an.

Für die christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft hielt der Abg. Mumm eine kurze Rede. Er liess alle Steuer- und Zollfragen in der Versenkung verschwinden und sagte, jetzt gehe es vor allem um die Unterlagen für eine christlich-nationale Kulturpolitik. Der Reichsernährungsminister Schiele polemisierte gegen Hilferding. Er jonglierte wieder einmal mit dem Index. Er vergass jedoch, dass sein Index sich nur auf den Grosshandel bezieht. In den Lebenshaltungsindex für die breiten Massen des Volkes ist durch die gesunkenen landwirtschaftlichen Preise keine Erleichterung eingetreten. Durch die Rede Schieles wurde deutlich, wie weit allmählich alle Rednertheorien über europäische Zollunion in den Hintergrund treten. Da war nur noch von möglichst hohen Zollmauern um Deutschland, um England, um Holland, um die nordischen Staaten, um beinahe alle Staaten Europas und der Welt die Rede. Zum Schlusse versuchte Herr Schiele, das Volk über sein Verbot der weiteren Einfuhr von Gefrierfleisch zu beruhigen. Er stellte in Aussicht, dass den Bedürftigen der Genuss von deutschem Fleisch zu erschwinglichen Preisen ermöglicht werden solle. Aber achselzuckend musste er zugleich zugestehen, dass er bis zur Stunde noch nicht weiss, wie er das machen soll. Noch einmal nahm Hilferding das Wort. Er stellte

klar und deutlich heraus, dass die Sozialdemokratie nicht die Landwirtschaft schädigen wolle. Aber sie könne nicht zulassen, dass weite Verbraucherschichten angesichts ihrer Notlage mit noch höheren Preisen belastet würden.

Eine gefährliche Schaukelrede hielt dann der Zentrumsabgeordnete Dessauer. Er erklärte sich mit der Tendenz der Hilferding'schen Rede einverstanden. In der Tat kann ja auch niemand mit vernünftigen wirtschaftlichen Anschauungen dem widersprechen, was Hilferding vorgetragen hat. Dessauer meinte aber, dass nun einmal in jeder grosse, auf Jahrzehnte sich abspielenden Entwicklung akute Zölle eintreten könnten. Schöne Zwischenfälle, die vom Volke mit Milliarden bezahlt werden müssen!

Dann wandte sich die Debatte der Warenhaus- und Konsumvereinssteuer zu. Der sozialdemokratische Abgeordnete Remmele sagte, die Moldenhauersche Politik gegen die Konsumvereine bedeute einen Krieg gegen die Selbsthilfevereinigungen der Arbeiter und einen Missbrauch der Staatsgewalt. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, dessen oberflächliche Redensarten allmählich schon zur Genüge bekannt sind, meinte, von einer Sondersteuer gegen die Konsumvereine könne gar nicht die Rede sein. Das rief den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hertz auf den Plan. Er verlangte von dem Reichsfinanzminister Auskunft darüber, ob er bereit sei, auch die Privatwirtschaft bis zu 90 Prozent ihres Nutzens zu besteuern. Ein solcher Prozentsatz komme aber durch die erhöhte Umsatzsteuer für viele Konsumvereine heraus. Moldenhauer hatte sich die Ausflucht erlaubt, die Konsumvereine seien ja schon dadurch begünstigt, dass sie keine Körperschaftssteuer bezahlen müssten. Hertz erwiderte ihm boshaft und doch sachlich, er nehme dem Reichsfinanzminister bei seiner kurzen Amtsdauer nicht übel, wenn er nicht wisse, dass alle Genossenschaften, nicht nur die Konsumgenossenschaften, von der Körperschaftssteuer befreit seien. Wenn der Reichsfinanzminister ein gerechtes Steuerprinzip anwenden wolle, brauche er ja nur die erhöhte Umsatzsteuer fallen zu lassen und dafür die Körperschaftssteuer für alle Genossenschaften aufzuheben. Dann würden natürlich die landwirtschaftlichen und die mittelständlerischen Genossenschaften genau so belastet wie die Konsumgenossenschaften. Das aber dürfe man nicht und deshalb sei wirklich eine rein gegen die Konsumvereine gerichtete Steuer vorhanden. Hertz schloss seine Rede unter stürmischem Händeklatschen der sozialistischen Fraktion mit der Aufforderung, dass die Arbeiter im Lande nun erst recht den genossenschaftlichen Gedanken pflegen und nicht mehr bei den Schichten kaufen sollten, die die Konsumvereinssteuer gegen die Arbeiterklasse zu beschliessen bereit seien.

Um 2.10 Uhr heulen die Sirenen durch das Haus. Die erste namentliche Abstimmung beginnt. Es handelt sich um die Zollposition Roggen. 454 Abgeordnete sind anwesend, 193 Kommunisten und Sozialdemokraten stimmen mit Nein, 261 der bürgerlichen Parteien mit Ja. Es ist nur eine Abstimmung, aus der die Zahl der anwesenden Abgeordneten zu erkennen ist. Eine entscheidende Abstimmung ist es noch nicht. Es fehlen also 39 Abgeordnete. Die namentlichen Abstimmungen folgen in grosser Zahl. Die Spannung im Hause wird fast unerträglich. Bei der Abstimmung über die Biersteuer kann die Entscheidung fallen. Um 3.35 Uhr entwickelte sich die erste Kampf Abstimmung. Es handelt sich um die Zahlungsfristen für Tabak- und Zuckersteuer. Hugenberg beantragt namentliche Abstimmung. Es zeigt sich, dass die Anhängerschaft des Parteidiktators a.D. nicht mehr ausreicht, um die Unterstützung für namentliche Abstimmung zu schaffen. In dem Augenblick, als Präsident Löbe Hammelsprung anordnen will, erklären sich die Mittelparteien zur Unterstützung der namentlichen Abstimmung bereit. Die Spannung steigert sich, wenn dies überhaupt noch denkbar ist; denn es wird sich zum ersten Male zeigen, wieviele von den Deutschnationalen gegen die Regierung stimmen. Die Abstimmung ergibt 224 Nein- und 230 Ja-Stimmen, also die knappe Mehrheit von 6 Stimmen für die Regierung.

Nun ruft der Präsident Löbe die Biersteuer auf. Eine gewaltige Bewegung geht durch das Haus. Hinter dem Reichskanzler steht der Staatssekretär des Reichspräsidenten Dr. Meissner. Das ist die Abstimmung, die das Schicksal her-

ausfordert. Die Entscheidung liegt bei den Bayern. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leicht, erhebt sich und schwingt die weisse Ja-Karte. Also ist die Bayernfront aus Angst vor der Reichstagsauflösung zusammengebrochen. Die Bayerische Volkspartei stimmt geschlossen bis auf den letzten Mann für die Erhöhung der Biersteuer. Im Hintergrunde des Saales aber sitzen die 3 Mann des Bayerischen Bauernbundes. Wie werden sie stimmen? Plötzlich vereinigt sich das Interesse des ganzen Reichstages auf diese Splittergruppe. Die Herren Eisenberger und Gandorfer aus den oberbayerischen Bergen bestimmen in dieser Stunde die Entscheidung über die deutsche Politik. Dicht umringen scharenweise Abgeordnete die bayerischen Bauern. Diesen ist bei ihrer Abstimmung nicht wohl. Minutenlang versuchen sie die Entscheidung dadurch zu verbergen, dass sie weisse Ja-Karten, blaue Enthaltungs-Karten und rote Nein-Karten nebeneinander in der Hand halten. Einige wilde Nationalsozialisten reden gestikulierend auf die bayerischen Bauern ein. Sie verbitten sich in groben Worten, dass diese, wie sie sich ausdrücken, Lausbuben in eine solche Entscheidung hineinreden wollen. Plötzlich klatschen einige bürgerliche Abgeordnete erlöst in die Hände. Die bayerischen Bauernbündler haben weisse Ja-Karten abgegeben. Die bürgerliche Reichstagsmehrheit und der Reichskanzler Brüning sind gerettet. Es ergeben sich 232 Ja- gegen 223 Nein-Stimmen bei der ersten Abstimmung über die Biersteuer. Bei der Schlussabstimmung über das gesamte Biersteuergesetz schmilzt die Regierungsmehrheit auf 4 Stimmen zusammen. Es beteiligen sich nur 452 Abgeordnete an der Abstimmung, und zwar 228 mit Ja und 224 mit Nein. Die erhöhte Biersteuer ist mit dieser ausserordentlich knappen Mehrheit angenommen. Präsident Löbe kündigt infolge der ganz geringen Mehrheit an, dass noch im Laufe der Sitzung das endgültige Ergebnis dieser Abstimmung festgestellt werden soll, weil immerhin ein Zählfehler im Bereich der Möglichkeit liegen könnte.

Die Abstimmung über die Mineralwassersteuer lässt zur allgemeinen Überraschung die Regierungsmehrheit noch um eine Stimme sinken. Es stimmen 228 für die Mineralwassersteuer, 225 dagegen; ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Zu einer bösen Viertelstunde für das Zentrum und für die christlichen Gewerkschaftsführer wird die namentliche Abstimmung über die Absicht des Regierungsblocks, die Überweisungen aus den Zolleinnahmen für die Invalidenversicherung um 20 Millionen Mark zu kürzen. Im Jahre 1925 hat das Zentrum diese Überweisungen eingeführt, um sich vor seinen Wählern für die Zollerhöhungen zu rechtfertigen. Jetzt, wo unter Führung des Zentrums und des Landbundes die Zolleinnahmen um viele hundert Millionen Mark gekürzt werden, wollen das Zentrum und die übrigen bürgerlichen Parteien die Überweisungen an die Invalidenversicherung aus den Zolleinnahmen um 20 Millionen kürzen. Es ergibt sich, dass 249 Abgeordnete für, 204 Abgeordnete gegen diese soziale Verschlechterung stimmen.

Inzwischen hat Präsident Löbe festgestellt, dass sich sowohl bei der Abstimmung über das Mineralwasser wie bei der Schlussabstimmung über die Biersteuer die Regierungsmehrheit bei der endgültigen Zählung um eine Stimme erhöht hat.

Ein minutenlanges Durcheinander gibt es im Regierungslager, als über eine Entschliessung abgestimmt werden soll, die von der Reichsregierung die Einleitung von Verhandlungen über höhere Vertragszölle für Erzeugnisse des Weinbaues des Gartenbaues usw. verlangt. Also die Absicht einer weiteren Erhöhung der Lebensmittelzölle auf breitester Grundlage. Eine Anzahl Zentrumsabgeordneter und Demokraten schämen sich zunächst, sich für diesen Antrag zu erheben. Schliesslich aber steht fast das ganze Zentrum für diesen Zollantrag auf. Auch die Demokraten erheben sich allmählich.

Damit sind die wesentlichen Abstimmungen geschlossen. Präsident Löbe schlägt als nächsten Sitzungstag den 2. Mai vor. Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei wünscht den 5. Mai, Sozialdemokraten, Kommunisten und Teile der Mittelparteien bringen eine Mehrheit für den 2. Mai auf. Kurz nach 5½ Uhr ist diese geschichtliche Sitzung des Reichstages geschlossen.

"Aus aller Welt"

Die Liebe der Roten Lilac.

Die Indianerfrau vom Stamme Seneca - Ihr Glück, ihre Eifersucht, ihr elektrischer Stuhl - Der Grosse Geist soll helfen.

SPD. Die "Rote Lilac", angeblich eine waschechte Indianerprinzessin vom Stamme der Seneca, hatte sich vor einigen Tagen vor dem Schwurgericht in Buffalo zu verantworten. Sie wurde wegen Eifersuchtmordes zum Tode verurteilt.

In der Riley-Street in Buffalo wohnt ein betagtes Malerehepaar namens Marchand, das seine Zeit damit verbringt, an Ort und Stelle die alte Indianerkultur zu erforschen. Henry Marchand, dessen Bilder in vielen amerikanischen und europäischen Museen zu finden sind, ist als eine Autorität auf dem Gebiet der Völkerkunde bekannt. Vor einiger Zeit lernte er die junge "Rote Lilac" kennen, die derart verführerisch auf den alten Mann wirkte, dass er sie oft in seine Wohnung lud - "zu künstlerischen und völkerkundlichen Studien." Natürlich wusste die über 60jährige Ehefrau des Marchand, dass das wissenschaftliche Interesse ihres Mannes an dem schönen Mädchen aussergewöhnlich "liebepoll" war, aber sie war klug und nachsichtig genug, für dieses Interesse schweigendes Verständnis aufzubringen, hatte sie doch schon andere dramatische Liebesabenteuer ihres Mannes miterlebt, die ebenso heftig wie zeitlich beschränkt waren. Auch diesmal vermutete die Greisin, dass es sich um eine schnell verfliegende Laune handele.

Sicher wäre auch diese Episode der Liebe Marchands schnell vorübergegangen, wenn nicht die "Prinzessin" auf der Verewigung ihrer Bindung, die wohl mehr als ein grosses und alltägliches Erlebnis für sie gewesen war, bestanden hätte. Sie wollte unter allen Umständen, dass ihr Wille ernst, sie selbst für die Dauer des Daseins in den Lebenskreis Marchands aufgenommen werde. Marchands sagte Nein - aber die resolute Tochter des roten Volkes liess sich nicht abschieben.

Vor einigen Wochen machte das Hausmädchen des Malerehepaares Marchand einen grauenvollen Fund: am Boden der Wohnung lag der leblose Körper der Frau Marchand; wenige Minuten später stellte die Mordkommission von Buffalo fest, dass die Greisin erwürgt worden war. Am selben Tage führten die Ermittlungen nach dem Täter zur Verhaftung eines Geisteskranken, der in der Nacht vorher aus einem benachbarten Irrenhaus ausgebrochen war. Nach stundenlangem Verhör kam man schliesslich zu dem Ergebnis, dass der Mann an dem Verbrechen nicht beteiligt sein konnte. Sodann wurde der Maler und Ehegatte vernommen, er konnte aber ein Alibi erbringen: in der Nacht, in der der Mord geschah, war er nicht zu Hause gewesen. Es blieb demnach als einzig vermutliche Täterin die "Rote Lilac". Sie leugnete anfangs verzweifelt. Im "Grilling", dem Verhör dritten Grades, brach sie zusammen. Sie gestand, mit Hilfe ihrer alten Dienerin Frau Marchand aus Eifersucht ermordet zu haben. Der Maler selbst habe von der Tat nichts gewusst.....

Bei der Schwurgerichtsverhandlung in Buffalo bestätigte die "Rote Lilac" ihr Geständnis, ohne irgendwelche Reue zu äussern. "Ich liebe Henry Marchand", sagte sie, "und ich werde ihn auch lieben, wenn ich auf dem elektrischen Stuhl sterben müsste. Die Zivilisation der Weissen ist schuld an meinem Unglück."

Die Geschworenen wollten in-des ebenso wenig von Psychologie wie von Erbarmen wissen und fällten nach kurzer Beratung ihr Todesurteil. Aber schon

haben sich, während die "Rote Lilac" auf das dramatische Ende ihres Schicksals wartet, hunderte von roten Männern Seneca in der Nähe von Buffalo versammelt, um den "Grossen Geist" anzuflehen. Der "Grosse Geist" soll die grosse Tochter des roten Stammes vom elektrischen Stuhl der Blassgesichter retten und wie es heisst, soll der Präsident nicht abgeneigt sein, in diesem Fall Milde walten zu lassen.

+ + +

Schwerer Unfall eines Polizeiautos. Am Montag mittag fuhr ein Privatkraftwagen der Berliner Polizei an der Autobushaltestelle der Linie 20 in Berlin-Zehlendorf in einen wendenden Autobus. Die Glätte der regennassen Strasse hatte die Bremskraft des schnellfahrenden Autos so vermindert, dass der Wagen nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht werden konnte. Beide Insassen des Polizeiautos, Ministerialdirigent Dr. Hausmann-Potsdam und Ministerialrat Teubert-Potsdam, sowie der Chauffeur, Polizeiwachtmeister Fritz Müller, wurden schwerverletzt. Der Wagen wurde vollkommen zertrümmert.

+ + +

Grubenunglück in Recklinghausen. Durch Zubruchgehen einer Strecke wurden im unterirdischen Betrieb der Zeche Recklinghausen I drei Bergleute getötet und zwei schwerverletzt. Die Streben der Katastrophestrecke brachen mit einer derartigen Gewalt zusammen, dass sich in der über dem Unglücksrevier liegenden Strasse erdbebenartige Erscheinungen zeigten: Bilder fielen von den Wänden, Geschirr und Gestühl wackelte, in panikhafter Angst stürzten die Leute auf die Strasse. Fünf Stunden vergingen, bis die Toten, von denen einer eine Frau und vier Kinder hinterlässt, geborgen werden konnten.

+ + +

Grausiger Freitod. Im Polizeigefängnis in Philippopol verübte ein politischer Gefangener Selbstmord, indem er sich die Pulsadern und den Bauch mit einer Stopfnadel aufriss. Kalinow sollte demnächst wegen seiner Teilnahme an dem kommunistischen Septemberaufstand des Jahres 1923 zum Tode verurteilt werden.

+ + +

Zeppelins Spanienflug verschoben. Wegen der aussergewöhnlichen Verschlechterung der Wetterlage musste der für Montag Abend angesetzte Start des Luftschiffes "Graf Zeppelin" nach Sevilla verschoben werden.

+ + +

Panik im Konzertsaal. Beim Konzert des Frauenchors eines jüdischen Arbeitervereins brach das offenbar angefaulte Podium im Saale der Lodzer Philharmonie zusammen, wobei 12 Personen verletzt wurden. Das Publikum ermächtigte sich eine Panikstimmung.

+ + +

Flieger in der Hochspannungsleitung. In Ypsilanti im Staate Michigan (USA.) geriet ein Flugzeug mit drei Insassen in die Drähte einer Hochspannungsleitung. Die Maschine verbrannte, ihre drei Passagiere wurden getötet. Ein zuhülfeeilender Passant verbrannt beim Berühren der Hochspannungsdrähte.

+ + +

Freitod eines Kindes. Ein dreizehn Jahre alter Knabe warf sich in Neundorf-Greiffenstein vor einen Zug, der das Kind zermalmete. Der Dreizehnjährige hatte den Tod seiner Eltern nicht verschmerzen können.

+ + +

Stadt im Feuerkreis. Von Feuer eingeschlossen ist seit einigen Tagen die 8 000 Einwohner zählende Stadt Buchanan im Staate Virginia. Der Wald, der die Stadt ringförmig umgibt, steht in scheinbar unlöschbaren Flammen.

+ + +

Zehn Eier - ein Toter. Ein junger Mann in St. Sebastian verstarb an furchtbaren Magenschmerzen, die er sich dadurch zugezogen hatte, dass er eine Wettereingegangen war, hintereinander 10 rohe Eier mit der Schale verzehren zu können.

Der Dieb um Hummiboot. Eine Donauflusswache hielt bei der rumänischen Grenzstadt Szob ein Gummiboot an, in dem u. a. der zwanzigjährige Tischlergeselle Dietzel aus Deutschland sass. Dietzel wird von der Nürnberger Polizei wegen Einbruchsdiebstahls gesucht. Er ist verhaftet worden.

+ + +
Die "Falke"-Ingenieure über ihre Rebellenfahrt. In der Montag-Verhandlung des Hamburger "Falke"-Prozesses sagte der als Zeuge vernommene zweite Ingenieur Hass aus, er habe im Gegensatz zu anderen Zeugen nicht bemerkt, dass sich Kapitän Zipplitt in einem gewissen Hörigkeitsverhältniss zu dem Rebellen-general Del Gado befunden habe. Zur Ausbootung in Cumana wäre die Besatzung nicht gezwungen worden. Auch habe die Mannschaft sonst nicht unter dem Druck der Venezulaner gestanden. Ingenieur Koch erzählt, dass die Verhältnisse bei der Ausrüstung des Dampfers in Gdingen ihn veranlasst hätten, seine Anmusterung rückgängig zu machen. Schon der Munitionstransport wäre Koch unheim vorgekommen. Ausserdem habe der Kapitän auf Koch einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht, der sich verstärkt habe, als Zipplitt auf seinen Browning hinwies als Koch bei seiner Abmusterung ein Abstandsgeld verlangte. Kapitän Zipplitt erklärt dem Gericht, dass er niemals einen Revolver bei sich getragen habe. Ferner bestreitet Zipplitt, mit dessen Vorleben sich das Gericht eingehend beschäftigt, dass er früher häufig Streit mit seinen Mannschaften gehabt hätte. Gegen den Ingenieur Koch will er Strafantrag gestellt haben, als dieser nach seiner Anmusterung versucht habe, die Mannschaft aufzuwiegeln. Er habe diesen Antrag gestellt, damit bei einer Seeamtsverhandlung die Zustände an Bord des Dampfers "Falke" hätten dargestellt werden und er sich selbst hätte rechtfertigen können. Funkoffizier Schneider sagte aus, dass ihm General Del Gado das Kapitänpatent der venezulanischen Kriegsflotte gegen ein monatliches Gehalt von 400 Dollar angeboten habe.

+ + +
Das 10. Opfer des Bärenschinkens. An den Folgen des Genusses des unheilvollen Stuttgarter Bärenschinkens starb im Krankenhaus Pforzheim der praktische Arzt Dr. Schwab aus Wildbad. Zu den Erscheinungen seiner Trichonose waren in den letzten Tagen die Symptome einer Lungenentzündung hinzugetreten.

+ + +
Auch ein "Los" des Schicksals. Die schweizerische Bundespolizei erbrachte kürzlich den Beweis, dass sie auch polizeiwidrigen Situationen gewachsen ist. Ein Wachtmeister stöberte auf den Strassen von Lausanne eine Holzklammer auf, in der ein biederer Schwyzer Bürger im Alter von etwa vier Monaten sanft träumte. Die Mannschaft der Wachstube empfing den kleinen Besucher mit grossem Hallo und betreute ihn nach bestem Wissen und Gewissen. Bald erfuhr die Umgebung von dem entzückenden Idyll auf dem Revier. Mehrere Bürger meldeten sich, um den kräftigen Jungen zu adoptieren. Der Wachkommandant war vernünftig genug, sich weniger um die toten Paragraphen als um das Wohlergehen des Säuglings zu kümmern und liess kurzentschlossen an Ort und Stelle eine richtiggehende Verlosung des gefundenen "Gegenstandes" veranstalten. Man verkaufte einige Dutzend handgeschriebene Lose. Ein älteres kinderloses Ehepaar zog beglückt mit dem lebenden "Hauptgewinn" ab. Der Ertrag der Säuglingslotterie wurde Wohltätigkeitszwecken zugeführt. Der geistesgegenwärtige Polizeioffizier bekam von seiner vorgesetzten Behörde ein Lob für sein zwar nicht paragraphentreues, aber vernünftiges Vorgehen.

+ + +
Drei Menschen verbrannt. In Stöckigt bei Greiffenberg in Schlesien geriet eine Scheune in Flammen. Der 41jährige Vater des Besitzers, sein 40jähriger Schwager und sein 10jähriger Sohn verbrannten lebendigen Leibes.



Der Kindersegen-Fluch.

Kinderzulagen oder Geburtenregelung?

SPD. In Frankreich haben die Gewerkschaften und die Sozialistische Partei dem Parlament einen Gesetzentwurf überreicht, damit aus den Almosen der bisherigen Kinderzulage ein gesetzliches Recht werde, das jedem verheirateten Arbeiter zustehen soll. Bisher stand es im freiwilligen Ermessen des Arbeitgebers, die Kinderzulage zu gewähren. Das hatte zu unhaltbaren Zuständen geführt

Die Kinderzulage war im Laufe der Zeit in den Händen der Unternehmer zu einer Waffe gegen die Arbeiter und die Gewerkschaften geworden. Die Fabrikanten hatten "Ausgleichskassen für Familienzulagen" gegründet. Die Höhe der Zulagen lag lange ganz im Belieben des Unternehmers, bis sich allmählich allgemeingültige Sätze herausbildeten. Die Kassen wurden schliesslich zentralisiert. So besteht heute im Pariser Wirtschaftsbezirk eine Zentralkasse, in die der grösste Teil der privaten und kommunalen Unternehmer seine Gelder für die Kinderzulagen proportional der Zahl der bei ihnen beschäftigten Arbeiter einzahlte. Diese Kasse lässt monatlich die Kinderprämien in die einzelnen Betriebe zurückfliessen und verteilen. Ein Arbeiter mit einem Kind erhält pro Monat 30 Francs (5 Goldmark), für 2 Kinder 70 Francs, für 3 = 120, für 4 = 200 und für jedes weitere Kind 80 Francs. Als Geburtshilfe werden beim ersten Kind 250 Francs; bei jedem weiteren 150 gegeben. Bis zum sechsten Monat erhält ein Familienvater ausserdem für den Säugling eine Milchzulage von 50 Franken pro Monat. Die Zulagen werden bis zum 13. Lebensjahr des Kindes gegeben und, wenn Studien oder Lehrlingszeit einen Verdienst unmöglich machen, bis zum 21. Lebensjahr.

Da die Kinderzulagen vom freien Willen des Arbeitgebers abhängen, werden Bedingungen und Voraussetzungen für den Genuss der Prämien gestellt. Der Vater oder die Mutter des Kindes müssen ständig und ununterbrochen an ihrer Arbeitsstätte tätig sein. Fehlt ein Arbeiter oder eine Arbeiterin ohne Entschuldigung, dann ist der Unternehmer berechtigt, eine Monatsprämie zu sperrern. Praktisch bedeutet das eine Beeinträchtigung des Streikrechts. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen selbst ein eintägiger Streik genügt, um den Familienvätern oder den im Betrieb beschäftigten Müttern die Kinderzulage für den betreffenden Monat zu entziehen. Das muss die Solidarität der Arbeiter und die Tätigkeit der Gewerkschaften bedrohen und hemmen. Ein Vater mit drei oder vier Kindern, der ausser seinem Lohn noch die Kinderzulagen einzubüssen Gefahr läuft, ist stets bei Streikbewegungen ein Hindernis. Die Kinderzulage gestattet also dem Unternehmer, die Arbeiterschaft zu zerklüften und lahmzulegen. Dass die Zulagen und ebenso die Prämien für die Wöchnerinnen auch noch den Durchschnittslohn stark herabdrückten, versteht sich von selbst. Sie waren, genau betrachtet, eine Zulage, die die unverheirateten Arbeiter bezahlen mussten. So verdient ein Mechaniker im Pariser Wirtschaftsgebiet heute 7 Papierfranken pro Stunde oder 56 Papierfranken pro Tag. Er müsste, um dieselbe Kaufkraft wie 1914 zu haben, 6 mal 11 Goldfranken oder 66 Papierfranken verdienen. Da er aber pro Tag nur 56 hat, stellt er sich um 10 Franken schlechter. Selbst ein Arbeiter mit vier Kindern, d.h. mit einer monatlichen Zulage von 200 Franken, erreicht nicht

den Lohn von 1914 - ein Zeichen, dass die Kinderprämien indirekt von den Arbeitern selbst, vor allem aber von den Ledigen getragen werden. Der Unternehmer machte also mit dem Kinderzulagensystem noch ein Geschäft.

Die Umwandlung der Kinderzulage in ein gesetzliches Recht wäre ein Fortschritt. Allein sie bleibt auch nach ihrer Umwandlung aus einem Almosen in ein Recht noch immer für die Arbeiterschaft ein recht zweifelhaftes "Geschenk". Wenn sie auch künftig nicht mehr von den Unternehmern zur Zersplitterung der Arbeiterschaft benutzt werden kann, so bleibt doch ihr Lohndruckcharakter bestehen, und ebenso bleibt sie, was sie von allem Anfang an war, eine Erfindung der Nationalisten und Kapitalisten, die allein ein Interesse an Kanonenfutter und Reservearmeen auf dem Arbeitsmarkt haben. Frankreich kennt keine Arbeitslosigkeit, und nicht zuletzt ist das auf seine geringe Geburtenziffer zurückzuführen. Hohe Geburtenziffern sind kein Vorteil für die Arbeiterschaft und keineswegs stets ein Glück für die Völker. Was wir brauchen, ist nicht die Kinderzulage, sondern die Geburteneinschränkung.

Schon regt sich zum Teil auch in bürgerlichen Kreisen die Erkenntnis, dass dem hemmungslosen Kinder-in-die-Welt-setzen Einhalt geboten werden müsse. Professor Bredt, Führer der Wirtschaftspartei und zurzeit Justizminister im Kabinett Brüning, erklärte, dass man über Geburtenkontrolle ja nicht öffentlich sprechen könne, weil die Massen es nicht hören wollten, dass er persönlich aber der Überzeugung sei, dass, wenn es 20 Millionen Deutsche weniger gäbe, Deutschland das reichste Land der Welt wäre. Bei den christlichen Bevölkerungspolitikern gewinnt bereits die Idee, degenerierte oder unheilbar kranke Menschen zu sterilisieren, Anhänger.

Noch immer können hochgradig tuberkulose Menschen Kinder erzeugen, die, da die Väter oder Mütter schnell wegsterben, der Allgemeinheit zur Last fallen. Selbstverständlich kann man die Kinder, wenn sie einmal da sind, nicht verkommen und unkommen lassen. Aber mit Kinderschutz allein kommt man nicht weiter. Die Propaganda für Geburtenverhütung muss in dem Zeitalter wachsender Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln gefördert werden. Die Allgemeinheit hat auch ein Recht auf Schutz vor dem Kindersegen asozialer Elemente. Nicht nur in den Industrieländern, nicht nur in Europa, sondern auch in den alten asiatischen Kulturländern, wie in Indien und China, deren Bevölkerungsüberdruck die weisse Rasse bedroht, sollte der Kampf für die Geburteneinschränkung einsetzen. Auch in der Menschenökonomie muss rationalisiert werden. Die Menschheit wird deshalb noch lange nicht ausstarben.

SPD. Auf der zurzeit in Genf stattfindenden Jahrestagung des Völkerbund-
ausschusses für den Schutz von Kindern und Jugendlichen gab der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes einen Überblick über die vom Amt auf dem Gebiet des Kinderschutzes geleistete Arbeit. Danach hat das Arbeitsamt sieben internationale Abkommen ausgearbeitet, die sich mit dem Schutz von arbeitenden Kindern beschäftigen. Die wichtigsten davon sind die Abkommen über die Festsetzung eines Minimalalters für die Beschäftigung in der Industrie, in der Landwirtschaft und in der Marine. Die im Juni des Jahres stattfindende Arbeitskonferenz wird zur Festsetzung eines Minimalalters für die Beschäftigung von Kindern im Handwerk und im Handel Stellung nehmen. Auch die Frage der Kinderzulagen wird vom Internationalen Arbeitsamt bearbeitet. Über den Umfang der Gewährung solcher Zulagen hat das Amt verschiedene Untersuchungen in Angriff genommen.

SPD. Die Unternehmerpresse jubelt über das Abkommen zur Weiterführung des Stahlwerks Becker im Willich, das zwischen der Belegschaft, den Unternehmern und den christlichen Gewerkschaften getroffen wurde. So schreibt die "Kölnische Zeitung" vom Montag abend, das Abkommen sei eine glückliche Lösung. Beide Teile hätten in vorbildlicher Weise Opfer gebracht. Das sei eine Handlung bester Arbeitsgemeinschaft. Die christlichen Gewerkschaften hätten gehandelt, wie man zur Rettung von Bedrängten handeln müsse; die freien Gewerkschaften dagegen hätten diesen Mut nicht aufgebracht. Der Fall des Stahlwerks Becker werde hoffentlich bahnbrechend wirken zu weiteren Schritten auf dem schwierigen Weg zur Arbeitsgemeinschaft.

Also über den Lohnabbau soll der Weg zur Arbeitsgemeinschaft gehen! Wir begreifen, dass bei dieser Vorstellung die Kölnische in Entzücken gerät. Ob die Christen von dieser Perspektive ebenso entzückt sind, möchten wir vorerst noch bezweifeln. Aber sie dürfen sich nicht wundern, wenn die Unternehmer an dem Abschluss im Fall des Stahlwerks Becker grosse Erwartungen knüpfen. Wer dem Teufel den Finger reicht, riskiert die Hand. Dass die Unternehmer im Fall des Stahlwerks Becker mehr wollten, als die Christen die Rolle von Rettern der Bedrängten spielen zu lassen, war von allem Anfang an klar. Wir sind gespannt auf die weiteren Schritte, mit denen die Kölnische rechnet - auf die nächste Lohnabbauaktion einer Belegschaft, die man durch Rationalisierungsmassnahmen an die Wand gedrückt hat.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat den Hetzartikel des "Berliner Tageblatts" gegen die Arbeitslosenversicherung vom vergangenen Sonnabend einer Entgegnung gewürdigt.

Das Arbeitsministerium nimmt darin vor allem gegen das Gerede über eine angebliche "verschwenderische" Verwaltung der Reichsanstalt Stellung. Zu der Behauptung, die Arbeitslosenfürsorge durch die Gemeinden habe seinerzeit ein Drittel weniger gekostet, wird erklärt, dass zunächst die Höhe der Ausgaben nach dem Umfang der Arbeitslosigkeit schwanke und dass die Durchführung der Arbeitslosenversicherung und besonders der Arbeitsvermittlung heute bedeutend mehr Arbeit mache als früher. Die Klagen über Überlastung und Überstunden des Personals seien ein Beweis, dass gespart wird. Die Geschäftsführung werde durch Prüfer des Reichsarbeitsministeriums überwacht. Eine verschwenderische Wirtschaft sei dabei bisher in keinem Fall festgestellt worden. Dasselbe gelte von den Prüfungen des Rechnungshofes. Von den Gesamtausgaben der Reichsanstalt im Kalenderjahr 1929 seien auf den Personal- und Sachbedarf ihrer Ämter nur 6,85% entfallen - im Kalenderjahr 1928 = 7,2%; darin seien aber auch die Ausgaben für die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung enthalten, die nicht als Verwaltungskosten angesehen werden könnten. Nach Abrechnung dieser Ausgaben verbliebe an reinen Verwaltungskosten nur 4,3%, was als angemessen bezeichnet werden dürfte. Die Hilfs- und Nebenstellen, die auch früher in grosser Zahl bestanden hätten könne man nicht mit Arbeitsämtern vergleichen; sie dienten nur der Kontrolle und der Vermittlung, und ihre Beibehaltung oder Einrichtung entspreche den berechtigten Wünschen der Gemeinden oder der Versicherten; sie seien im übrigen keine Dauereinrichtungen; ihr Bestand hänge von der Lage des Arbeitsmarktes ab. Die Haushaltsüberschreitungen der Arbeitsämter betragen nicht 12, sondern mehrere Millionen weniger. Sie seien entstanden, weil mit einer viel geringeren Arbeitslosenzahl gerechnet worden sei. Mehranforderungen habe man nach sorgfältiger Prüfung, nur so weit sie unbedingt notwendig seien, genehmigt. Der Personalbedarf der Landesarbeitsämter sei so gering wie möglich; für ihn sei für 1930 keine Vermehrung vorgesehen.



Warum Drosselung der Fleischeinfuhr?

SPD. Um die Fleischeinfuhr nach Deutschland zu drosseln, hat das Kabinett Brüning-Schiele einen alten Paragraphen des Fleischbeschaugesetzes hervorgeholt. Es handelt sich um den Paragraphen 12, der unter Druck der Ernährungsschwierigkeiten während der Inflation ausser Kraft gesetzt wurde.

Paragraph 12 sieht vor, dass geschlachtete Tiere nur in ganzen oder halben Körpern oder so eingeführt werden dürfen, dass der Gesundheitszustand des Tieres einwandfrei festgestellt werden kann. Das sieht sehr besorgt um die Volksgesundheit aus. Es steht aber fest, dass in den 7 Jahren, in denen wir uns ohne die fragliche Bestimmung behelfen mussten, auch keine Volksseuchen oder Massenerkrankungen infolge Einfuhr verdorbenen Fleisches ausgebrochen sind. Es sind also ganz andere Gründe, die für die Wiedereinführung des Paragraphen 12 sprechen. Das billige Fleisch, Gefrierfleisch, innere Organe usw., welche bisher über die Grenzen gelangt sind, machen natürlich dem innerhalb der deutschen Grenzen geschlachteten Vieh eine gewisse Konkurrenz. Die Produzenten sind der falschen Ansicht, dass sie höhere Preise für ihr Vieh erzielen werden, wenn man die Einfuhr von frischem Fleisch praktisch unmöglich macht.

Der Umsatz an Fleisch und Fleischwaren hängt aber nicht von dem Geschmack der Verbraucher, sondern von ihrer Kaufkraft ab. Man täuscht sich, wenn man annimmt, dass man nur die Preise heraufzusetzen braucht, um sofort höhere Einnahmen zu erzielen. Die Befürchtung ist nur allzusehr berechtigt, dass das teure Fleisch in den Läden und Lagerräumen unbenutzt hängen bleiben wird und schliesslich einen Druck auf die Preise ausüben muss, der sich wahrscheinlich schon am folgenden Markttag auf die Viehpreise fortpflanzt. Das einzige, was man auf diesem Wege erreichen kann, ist, dass man den minderbemittelten Schichten den Genuss des billigen Auslandsfleisches nimmt, ohne damit irgendwem zu helfen, am wenigsten den Viehproduzenten.

Es war schon die Rede davon, dass auch der Import von Innereien (das sind in der Hauptsache Leber, Herz, Nieren usw.) unter den neuen Bestimmungen kaum noch möglich sein wird. Gerade diese Einfuhren an vorzugsweise dänischen und schwedischen Erzeugnissen spielen eine bedeutende Rolle. Sie werden in der Hauptsache zu wohlfeilen Wurstwaren und ähnlichen Fleischkonserven verarbeitet, die sich bis weit in die Kreise des Mittelstandes hinein einer grossen Beliebtheit erfreuen. Jede Hausfrau weiss, dass es in gut organisierten Verkaufsstellen neben der teuren Wurst im Preise von 70 Pfennigen pro Viertelpfund an aufwärts auch preiswerte Erzeugnisse gibt, für die 25 auch 20 Pfennige gefordert werden. Diese Waren werden zu gutem Teil aus Auslandslieferungen hergestellt. Sie verschwinden aller Voraussicht nach demnächst restlos, wenn erst unter dem neuen Regime die Einfuhr von ausländischen Innereien in Fortfall kommt.

Was das für den Haushalt der Arbeiter, Beamten und Angestellten bedeutet, braucht nicht im einzelnen auseinander gesetzt werden. Aber auch aus dieser Verteuerung wird den Viehproduzenten kein Vorteil erwachsen. Denn in den genannten Würsten werden auch grosse Mengen an Fett aus inländischer Erzeugung mit verarbeitet, für das es in Zukunft an Verwendungsmöglichkeiten fehlen wird. Wenn man bedenkt, dass die schwierige Verwertung der tierischen Fette

ein wichtiges Problem unserer ganzen Fleischwirtschaft ist, so kann man sich ein Bild machen, welcher Druck wiederum auf die Schweinepreise ausgeübt wird, wenn diese Möglichkeit, Fett zu benutzen, ausfällt. Die Wiedereinführung des Paragraphen 12 ist also eine durchaus verfehlte Massnahme, die von sehr nachteiligen Folgen begleitet sein muss.

SPD. Der neue deutsch-österreichische Handelsvertrag ist in seinen Grundzügen auf dem früheren Wirtschaftsabkommen und den beiden Zusatzverträgen von 1924 und 1925 aufgebaut. Im Sinne der zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Schober und der deutschen Reichsregierung in Berlin getroffenen Abreden ist jedoch Vorsorge getroffen, dass der deutsch-österreichische Handelsverkehr trotz vielfach veränderter Verhältnisse keine Einschränkung erfährt, sondern durch das neue Abkommen weitere Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind.

Die gegenseitige Meistbegünstigung bildet weiter die Grundlage des neuen Vertrages. Daneben sind von beiden Seiten für verschiedene Zolltarifposten weit gehende Zugeständnisse gemacht worden. So gewährt Deutschland für Schnittholz Zollermässigungen und noch weitergehende Konzessionen für Sägewerke im österreichischen Grenzbezirk, die keine Verbindung mit dem eigenen Hinterland besitzen. Auch die Einfuhr von Zucht- und Nutzvieh nach Bayern wird erleichtert. Die bisherigen Abkommen über die Einfuhr österreichischer Baumwollgarne bleiben unverändert, dagegen sind für die Einfuhr von Wirkwaren, Kleidern und Mänteln Erleichterungen geschaffen.

Österreich gewährt Deutschland dafür in der Einfuhr von Maschinen wertvolle Zugeständnisse. So soll künftig auf Grund einer vereinbarten Freiliste der Zoll für eine grosse Anzahl deutscher Spezialmaschinen fortfallen. Weitere Vorteile ergeben sich für die deutsche Industrieausfuhr bei Textilien und Lederwaren und für die deutsche Agrarausfuhr bei frischem Fleisch, Molkerei- und Gartenprodukten. Ferner sind für eine Reihe von chemischen Fabrikaten gegenseitige Zollermässigungen festgelegt worden.

Gleichzeitig mit dem Handelsvertrag sind zwei Ergänzungsabkommen unterzeichnet worden. Hiervon regelt das eine den sogenannten kleinen Grenzverkehr und das andere die Rechtshilfe bei Zollsachen. Diese beiden Verträge stellen ein Wiederaufleben des alten Zollkartells von 1891 zwischen Deutschland und Österreich unter Anpassung an die heutige Zeit dar.

Die Freude über die wirtschaftspolitische Einigung der beiden deutschen Länder wird allerdings durch die gegenwärtige innerpolitische Situation in Deutschland sehr gedämpft. Die wahnsinnige Zollpolitik der Regierung Brüning-Schiele hat, wie in anderen Ländern, so auch in Österreich schwerste Besorgnisse wegen der künftigen Entwicklung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs ausgelöst. Darüber kann auch kein Zweifel bestehen, dass die Vorteile, die der Handelsvertrag durch Senkung der verschiedenen autonomen Zölle für den deutsch-österreichischen Warenaustausch mit sich bringt, durch die Aufstockung der Agrarzölle zu einem Nichts zusammenschrumpfen.

SPD. Die Zementindustrie hat vor einigen Wochen auf einer Generalversammlung in Berlin Gelegenheit genommen, über den schlechten Geschäftsgang zu jammern. Es war eine derjenigen Industrietagungen, auf denen man sich nicht genug tun konnte, schwarz in schwarz zu malen. Jetzt liegen die Abschlüsse von namhaften Zementunternehmungen für das Jahr 1929 vor. Sie haben alle gut abgeschnitten. So verteilen die Alsen'schen Portland-Cement-Fabriken eine Dividende von 14 % gegenüber 15 % im vorigen Jahr. Die Gestaltung der Bilanz verriet nichts über die oft behauptete Notlage. Trotz der 14 % wird aber darüber geklagt, dass die Exportpreise unbefriedigend seien und dass man dieser "notleidenden" Industrie "behördlicherseits" eine Lohnerhöhung "aufgezwungen" habe.

SPD. Vor dem Krieg betrug der Zoll auf die Einfuhr von Eiern nach Deutschland rund 2 Mark pro 100 Kilogramm. Nach dem Krieg wurde dieser Zoll verdreifacht. Er ist aber im Handelsvertrag mit Italien auf 5 Mark festgesetzt (gebunden) worden. Die Agrarmassnahmen des Kabinetts Brüning-Schiele sehen eine Versechsfachung dieses Zolls auf 30 Mark vor.

Man muss sich ausmalen, was dieser Zoll bedeutet. Eine Kiste Eier durchschnittlicher Qualität, die über die Grenze nach Deutschland hereinkommt, kostet ungefähr 90 Mark. Der 30-Mark-Zoll wird also die Ware um ein Drittel ihres Wertes verteuern. Die Fachleute nehmen an, dass sich durch eine solche Massnahme der Eierpreis um 5 Pfennige pro Stück steigern wird. Nun sind Eier ein Volksnahrungsmittel in Deutschland. Das Ei wird sich aber nur als Volksnahrungsmittel behaupten können, sofern das Ei für breite Kreise im Preis erschwinglich ist. Steigert man den Eierpreis um 5 Pfennige, dann ist das nicht mehr der Fall. Das werden die Hühnerproduzenten in erster Linie zu spüren bekommen. Der Hühnerbestand hat sich in Deutschland von etwa 50 Millionen im Jahre 1920 auf 83 Millionen im Jahre 1929 gesteigert. Diese Steigerung der Produktion war nur möglich mit Hilfe angemessener Körnerpreise. Die Regierung Brüning-Schiele will aber nun den Körnerpreis hemmungslos in die Höhe treiben. Sie gibt den Hühnerproduzenten dafür allerdings einen höheren Eierpreis. Höhere Eierpreise bedeuten aber noch lange nicht hohe Erlöse, denn der Absatz von Eiern wird mit dem überteuerten Preis selbstverständlich zurückgehen. Leidtragende bei dem ganzen Experiment sind die Konsumenten und die Hühnerhalter, wie die ganze Agrarreform Brüning-Schiele eine Massnahme gegen die Konsumenten und die mittlere und kleinere Landwirtschaft ist. Begünstigt werden nur die Grossagrarier.

Nun will die Regierung die Öffentlichkeit dadurch beschwichtigen, dass der Eierzoll von 30 Mark vorläufig auf dem Papier stehen bleibt, weil er im Vertrag mit Italien gebunden ist. Das ist ein billiger Trost. Mit Recht fragt man sich: wie lange wird der Eierzoll im Vertrag mit Italien gebunden bleiben? Dazu erfährt der "Soz.Pressedienst", dass bereits Verhandlungen im Gange sind, um die Bindungen des Eierzolls zu beseitigen. In diesem Zusammenhang wird behauptet, dass man evtl. zu einer Kündigung des deutsch-italienischen Vertrages schreiten wird. Als nächster Termin käme dafür der Dezember 1930 in Frage.

SPD. In Basel ist die Gesellschaft für Bandfabrikation, das grösste schweizerische Unternehmen dieser Art, in Konkurs gegangen. Das Unternehmen war mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Schweizer Franken ausgerüstet und besitzt Fabriken in der Schweiz, in Säckingen, im Elsass und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Zusammenbruch wird auf den Modewechsel und auf die allgemeine Textilkrise zurückgeführt.

SPD. Die Abschlüsse der Wollunternehmungen für 1929 zeigen, dass diese Industrie von der schweren Textilkrise des letzten Jahres kaum berührt worden ist. Trotz der starken Preisschwankungen auf den Wollmärkten waren die meisten Wollunternehmen in der Lage, ihre hohen Dividenden von 1928 auch für das letzte Betriebsjahr aufrecht zu erhalten. Die Sächsische Kammgarnspinnerei Schedewitz A.G. setzt jetzt ihre Dividende sogar von 8 auf 10% herauf, nachdem die Abschreibungen mit 290 000 Mark um mehr als das Dreifache heraufgeschraubt wurden. Der Reingewinn wird mit 417 000 gegen rund 330 000 Mark ausgewiesen. Das Unternehmen hat also einschliesslich der Abschreibungen im letzten Betriebsjahr fast 30% seines Kapitals von 2,6 Millionen Mark verdient. Nach dem Geschäftsbericht mussten zur Bewältigung der Aufträge für die Spinnereibetriebe Doppelschichten in grösserem Umfang eingeleitet werden.

SPD. Der bekannte Geologe Dr. Benz hielt am Montag in der Technisch-literarischen Gesellschaft in Berlin einen Vortrag über die Oelfunde in Norddeutschland. Benz führte u.a. aus, dass das Vorkommen von Oel in Norddeutschland, gerade wie in Nordamerika und in Vorderasien, an das Vorkommen von Salzstöcken gebunden ist. Als die Oelförderung in Amerika begann, etwa um das Jahr 1860 herum, wurden auch in der Lüneburger Heide (Oelheim bei Celle) Versuche gemacht. Sie waren vor allem nicht besonders ermutigend, weil es an der Ausbildung der technischen Mittel, an Erfahrung, Kapital usw. fehlte.

Die Produktion wurde in grösserem Stil erst nach dem Kriege aufgenommen und zwar kamen hier die Salzstöcke bei Wietze und Hänigsen in Frage. Tätig sind hier die Gewerkschaft Albrecht und die Deutsche Erdölgesellschaft. In den genannten Bezirken einschliesslich Oelheim hat man heute Flächen, die, allerdings im günstigsten Fall, bis 23 Bohrungen aufweisen. Eine Bohrung wird schon bei einer Tagesgewinnung von 1 Tonne rentabel. Es gibt aber Bohrungen, die 80 bis 90 Tonnen ergeben. Die Tiefen betragen 800 bis 850 Meter. Gewonnen werden gegenwärtig pro Jahr 103 000 Tonnen, bei einem deutschen Oelverbrauch von 2,5 Millionen Tonnen. Man hofft aber, die Förderung bis auf 200 000 Tonnen steigern zu können. Angesichts des Oelverbrauchs erscheint die Produktion ziemlich gering. Sie macht aber immerhin so viel aus wie die Produktion von Kohleöl auf der Anlage, der I.G. Farbenindustrie in Leuna. Die Zahlen, die vor einigen Tagen in Zeitungsnotizen genannt worden sind, gehen also über die Tatsachen weit hinaus. Interessant ist auch, dass man die gegenwärtige Produktion in Deutschland gar nicht unterbringen kann. Das deutsche Erdöl enthält nämlich (bis zu 4,5 %) Paraffin, während die deutschen Raffinerien keine Anlagen haben, dem Oel das Paraffin zu entziehen. Hier sind noch grössere Investitionen erforderlich.

Aus den Darlegungen des Vortragenden ging ferner hervor, dass man die Invasion der Amerikaner durchaus ernst einzuschätzen hat. Die Amerikaner besitzen eine reiche technische Erfahrung, da sie in Amerika selbst und auch in Asien, immer wieder in Verbindung mit den auftretenden Salzstöcken, seit Jahrzehnten nach Oel bohren. Die Amerikaner schliessen auch so: In Deutschland gibt es ungefähr 50 Salzstöcke, von denen nur 4 eigentlich erbohrt bzw. genauer durchforscht sind. (Vor allem hat das Land Oldenburg noch Salzstöcke, von denen die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft so gut wie gar nichts kennt.) Sind aber Salzstöcke da, dann muss auch Oel da sein. Man kann also nicht behaupten, dass die Amerikaner ins Blaue hineinwirtschaften. Auch vom deutschen Standpunkt gesehen müsse uns, wie Dr. Benz betonte, die Invasion der Amerikaner sehr willkommen sein, weil sie Erfahrungen und Kapital ins Land hineinbringe.

Dr. Benz ging auch auf die Verträge ein, die von den Amerikanern in Deutschland über die Oelbohrungen geschlossen worden sind. Die Verträge sind nach seiner Ansicht für die Amerikaner so schwer und verpflichtend, dass sie keine deutsche Firma unterschrieben hätte. Die Amerikaner werden zur beschleunigten Inangriffnahme der Arbeiten gezwungen. Sie tragen die ganzen Lasten, zahlen Abgaben und sind gehalten, dem deutschen Kapital eine Beteiligung an den Unternehmungen einzuräumen, wenn die Betriebe fündig werden und rentabel arbeiten. Das deutsche Interesse ist überall dort, wo die öffentliche Hand die Verträge abgeschlossen hat, gewahrt. Das gilt für Mecklenburg, für Oldenburg und für Braunschweig. Anders liegen die Dinge in Hanover, wo die Amerikaner die Verträge mit Privatbesitzern machten. Immerhin konnte auch dort durch Anregung der Regierung erreicht werden, dass eine schnelle Inangriffnahme der Arbeiten gesichert ist.

Die Ausführungen des Dr. Benz haben natürlich nichts mit dem Vertrieb von Petroleumaktien zu tun, der von verschiedenen dunklen Stellen vorgenommen wird und vor dem man nur warnen kann.

Roggen fest, Mehl leblos.

(Berliner Produktenbörse vom 14. April.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hielt die festere Stimmung für Rogge am Montag weiter an. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen für den Mai um 2, für die späteren Sichten um 4 Mark fester und konnten sich während der ganzen Börse behaupten. Im Handel mit effektiver Ware hielten sich die Ablader sehr zurück. Das Angebot war sehr gering, sodass die Kauf-lust der Mühlen nicht befriedigt werden konnte. Soweit hier Preise genannt wurden, lagen auch diese um etwa 2 - 3 Mark höher. Weizen hatte gleichfalls gutstetige Tendenz. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Notierungen nur wenig fester. Am Locomarkt war das Angebot gleichfalls sehr knapp und erzielte etwa 2 Mark höhere Preise bei geringfügigem Umsatz. Der Mehlmarkt blieb voll-kommen leblos. Es wurde darüber geklagt, dass auch die Abrufe auf laufende Kontrakte wieder sehr gering geworden sind. Die Preise blieben im allgemeinen unverändert. Hafer hatte gleichfalls ruhiges Geschäft. Die Umsatztätigkeit war gering, da die Forderungen der Landwirtschaft nur sehr schwer von den Käufern bewilligt wurden.

	12. April	14. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	263-266	263 - 266
Roggen	163-166	165 - 168
Braugerste	188-200	188 - 200
Futter- und Industrierogerste	175-187	175 - 187
Hafer	158-166	161 - 169
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,25-37,25	29,25 - 37,25
Roggenmehl	24,00-27,00	24,00 - 27,00
Weizenkleie	10,25-11,00	10,25 - 11,00
Roggenkleie	10,50-11,25	10,50 - 11,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Roggen Mai 182-183-182½ (180) Juli 195½-195¼ (191½), September 199-200 (194½), Hafer Mai 180 plus Geld (176), Juli 192½-193 plus Brief (187½), Weizen Mai 276 (Vortag: 276). Juli 285¼-285 (285), September 269 (267).

Amtliche Eiernotierungen.

(14. April)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte) über 65 Gramm 11¼-11½, 60 Gramm 10¼, 53 gr 9½, 48 gr 8½, frische Eier über 53 gr 8½, aussortierte kleine und Schmutzeier 6½. Auslandseier: Dänen 18er 11¼, 17er 10½, Holländer 60-62 gr 10¼-11, Belgier 60-62 gr 10, Rumänen 7¼-7½, Polen normale 7, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6¼-6½. Witterung: Regen. Tendenz: Ruhig.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise Berlin je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weissse 1,30 - 1,50 Mark, Rote 1,40 - 1,80, Gelb- und Fleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,30 - 2,60 Mark; Fabrikkartoffeln 7 - 7½ Pfennige je Stärkeprozent.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 29

Berlin, den 14. April 1930.

Mode und Sitte.^x

SPD. Wir wissen, wie eng der Zusammenhang ist zwischen Mode und Sitte. Nicht immer stimmten die Sittenforderungen überein mit der Mode. Es kam zu heftigen Kämpfen, wie sie z.B. im Mittelalter Kirche und Sittenbehörde gegen Auswüchse der Mode, gegen Kleiderluxus geführt haben. Aber immer war die Mode stärker und setzte sich gegen alle Widerstände durch. Auch in der Zeit der französischen Revolution gab es Kampf gegen die Mode. Das Zeitalter des Rokoko mit den ungeheuren Reifröcken, der Schnürbrust, den Perrücken, den Schönheitspflästerchen wurde hinweggefegt von dem Brothunger der Massen. Und wie diese aufräumten mit allem, was sie gequält hatte, so auch mit der Mode. Reifrock, Schnürbrust, Perrücken, Schminke verschwanden mit einem Schlage. An die Stelle der Unnatur, die den Körper entstellte, trat der Wunsch nach Entfesselung. Lose Gewänder, lang herabfallendes Haar, geschlitzte Röcke, entblösste Arme und Schultern - das ist die Mode der Revolutionszeit. Ja, der Wunsch den Körper zu enthüllen, war so stark, dass auch gegen diese Ausartung wieder Verbote einzugreifen suchten.

Von wie vielen Momenten wird die Mode doch beeinflusst! Die Kaiserin Eugenie von Frankreich erfand die Krioline, um ihre Schwangerschaft zu verbergen. Die Prüderie des 19. Jahrhunderts verhüllte möglichst viel vom Körper durch Korsett, hohe Stehkragen, lange, faltige Röcke. In der Zeit der Balkankriege trug man turbanartige Kopfbedeckungen. Während des letzten Krieges nahmen die Hüte die Form des Stahlhelms an. Gegenwärtig ist die Nachahmung der Fliegerkappe die grosse Damenhutmode. Russischer Einfluss zeigt sich in den bis zum Knie reichenden pelzbesetzten Russenstiefeln, die so gar nicht zu unserm Klima passen. Auch der Wunsch nach starken Kontrasten beeinflusst die Mode. Den gebauschten Keulenärmeln folgten Ärmel mit starker Weite vom Ellbogen bis zur Hand. Dem weiten Rock folgte der enge, dem langen der kurze. Vorübergehend schien es einmal, als ob unsre Zeit eine Art zeitloser Kleidung bringen würde in dem sogenannten Reformkleide. Die Mode lehnte diese Kleiderform jedoch ab. Auch das Trachten- oder Stilkleid hat kaum Aussicht, sich durchzusetzen.

Immerhin führten Krieg und Revolution doch zu einer wesentlichen Vereinfachung, vor allem zu einer praktischen Mode. Die Oesterreicherin Eugenie Schwarzwald schreibt sehr eindrucksvoll darüber: "Es war gut, dass wir arbeitenden Frauen in den letzten zehn Jahren mit der Mode gehen konnten. Man konnte auch im einfachsten Kleide von 3 Metern Stoff schön sein. Sie zeigte sich einsichtig: man konnte in jedem Kleide überall hingehen. Sie zeigte sich menschlich: sie verwischte die Standesunterschiede. Sie zeigte sich mitleidig: sie liess den Gegensatz zwischen alt und jung nicht allzu gross werden. Der Menschenfreund, der Arzt, der Schönheitskenner konnten so gleicherweise Freude an ihr haben". Natürlich hatte auch diese Mode ihre Auswüchse. Die kurzen Röcke führten zu unerhörtem Strumpf- und Schubluxus. Im kältesten Winter führten die hauchdünnen Strümpfe, die leichte Unterwäsche zu schweren Erkältungen. Die hohen Stöckelschuhabsätze trugen weder zur Anmut des Ganges bei, noch waren sie der Gesundheit zuträglich. Dennoch zeigte diese Mode, die sich der geistigen Befreiung der Frau anpasste, indem sie auch den Körper frei zu machen suchte, dass sie dem neuen Geist unsrer Zeit Rechnung trug.

Aber stärker als je beginnt der Kapitalismus wieder von neuem seine Herrschaft auszuüben. Das zeigt sich auch in der Mode. Den engen, kurzen Röcken, die so wenig Stoff erforderten, folgt der lange, weite Rock mit seinen Zipfeln, Volants, Schleppe. Er erfordert mehr als das Doppelte an Stoff, während zugleich auch noch die Preise für Wolle und Seide ungeheuerlich steigen. Dabei wird nach dem Diktat der jüngsten Mode auch noch der Stoff in unendlich viele Teilchen zerschnitten, lässt sich also schwerlich mehr umarbeiten, wie die geraden Bahnen der früheren Mode. Mit den Schleppekleidern zeigt sich sogar auch das völlig überwunden geglaubte, unhygienische Korsett wieder, vorläufig noch schüchtern "Corselet" genannt. Da wird es womöglich nicht mehr lange dauern, bis die wieder betonte Taille, die gleichfalls verschwunden war, dazu führen wird, dass der Körper eingeschnürt wird. Welche berufstätige Frau könnte diese Art Mode wohl noch mitmachen, ohne überall behindert zu sein! Der zum Teil doch verwischte Gegensatz zwischen Berufsfrau und "Dame" wird wieder stark hervortreten. Die Berufsfrau, wird aus Theater, Konzert und Ballsälen verbannt, denn selten ist ihr Einkommen so gross, dass sie sich der neuen Mode anpassen könnte. Der praktische weisse Kittel, den man über einem kurzen, engen Kleide tragen konnte, gleichzeitig um es zu schonen und um sich nach der Arbeit nicht umziehen zu müssen, deckt das weite Schleppekleid nicht. Es passt ja auch so gar nicht in Büro- oder Fabrikräume. Das führt zu einer sehr starken Absonderung einer Oberschicht eines vornehmuerischen wohllebenden Bürgertums. Alles, was sich die Frau in den letzten zehn Jahren an Freiheit, Leistungsfähigkeit, Bewegungsmöglichkeit geschaffen hat, was ihr die Gleichberechtigung auf allen Lebensgebieten brachte, erscheint bedroht, weil die Mode es so will. Wird wirklich die Mode stärker sein als die Frau von heute, die doch dem Leben gegenüber eine ganz andere Einstellung haben sollte als die Modepuppe von einst. Bisher freilich ist die Mode immer stärker als die Sitte gewesen. Aber wenn wirklich die geistige und gesellschaftliche Erneuerung unsrer Zeit Bestand haben soll, dann wird sie auch die Sklaverei der Mode überwinden müssen.

Anna Bloss.

Die Frauengassen von Marseille.^x

SPD. Diese Gassen sind die berühmtesten und berüchtigsten auf dem alten Kontinent, die infernalisches Parodie auf "die Sache, die sich Liebe nennt", der Ort, an dem die Bestie Mensch sich am brutalsten zeigt in ihrer schmutzigsten Nacktheit. Nichts ist diesen Freudengassen, in denen Frauen Liebe en gros verhökern, so fern wie die drei Begriffe, nach denen diese Strassen sich nennen Freude, Liebe und Fraulichkeit. Man geht hinein mit der Neugier nach einer Sensation; man kommt heraus mit zerschlagenem Weltbild und beginnt, wie Leute nach einem Erdbeben ihre Schätze aus den Trümmern ihrer Häuser suchen, die alten Begriffe und Anschauungen, in denen man lebte und dachte, die Worte für Empfindungen und Gefühle neu zu formen. Aber der Untergrund bebte lange noch nach...

Zwischen Hafen und Rathaus beginnt es. Der Schwarm der Menschen, die durch die Strassen eilen, lichtet sich. Man ist gewarnt, aber man geht weiter. Immer enger werden die Gassen, immer schmutziger. Eine Kneipe ist an der anderen. Die Klänge eines verrosteten Orchesters und Geschrei menschlicher Stimmen schwirren durch die kühle Nacht. Jetzt macht auch die Polizeipatrouille kehrt, und man ist sich allein überlassen. In den Türen sitzen hässliche alte Weiber und behaupten, dass drinnen hübsche junge Mädchen seien. Sie rufen einem zu und winken mit dem Kopfe. In der nächsten Strasse stehen die Freudemädchen schon selbst auf der Strasse. Dicke, hässliche Erscheinungen mit rauhen Basstimmen und rot unterlaufenen Augen. Immer noch hat man den Hafen, den sicheren Hafen in der Nähe; durch jede Seitenstrasse sieht man hindurch auf das Wasser und

die Masten der Segelschiffe und weiss, wohin man im Notfall zu entfliehen hat. Aber in der nächsten Strasse ist plötzlich die freie Sicht versperrt. Der Weg macht eine Kurve; man ist jetzt mitten drin. Schon schreien einem die Weiber so nach, dass man nicht zurück und nicht stehen bleiben kann, und ein paar Schritte weiter ist man im dichtesten Bezirk. Hier wimmelt es von schmutzigen und wüsten Weibern. Sie sperren die Strasse vor und hinter einem und lassen keinen durch und keinen zurück. Sie zerren einen am Mantel, halten einen an den Händen fest. Drei Francs ist die Taxe; für diese halbe Mark versprechen sie Himmel und Hölle. Ich weigere mich. Zwei jedoch lassen mich nicht mehr los. Eine zerrt nach rechts in ein auffälliges Haus, eine nach links in einen düsteren Flur zu. Und als ich immer noch widerstrebe, springt die Dicke links an mich hoch, reisst mir den Hut vom Kopfe und springt in den Gang. Nur wenn ich mitkomme, soll ich den Hut wiederbekommen.

"Wenn Sie schon in diese Strassen gehen," hatte Jean, der Weltenbummler und Marseiller Matrose zu mir gesagt, "dann hüten Sie sich, in die Häuser hineinzugehen. Es kann Sie sehr teuer zu stehen kommen." Und jetzt ist mein Hut bereits drin. Die anderen Dirnen lachen, sehen aus den Haupteingängen und Fenstern zu. Die Rote aber mit den aufgesprungenen Händen hält mich immer noch fest und erzögelt mit ihre Künste. Und das ist mein Glück. "Ja," sage ich ihr, "ich gehe nicht mit deiner Kollegin. Das ist keine Dame. Einem dem Hut zu stehlen! Ich gehe mit Dir. Aber erst muss ich meinen Hut wiederhaben. Vorher keinen Schritt."

Nur Zeit will ich gewinnen. Vielleicht kommt doch jemand. Die Rote verhandelt unterdessen mit der Dicken um den Hut. Droht, Jack zu rufen. Aber ich halte das nicht für so wichtig. Ich glaube, ich würde lieber auf den Hut verzichten, als mich mit diesem Jack zu unterhalten. Schliesslich ist die Dicke bereit, mir den Hut gegen ein Lösegeld wiederzugeben. "Das will eine Dame sein und verlangt Lösegeld. Keinen Sou! Eine Zigarette kann sie haben". Sie ist auch mit einer Zigarette zufrieden. Ich ahne, was kommen soll. In der Tasche leere ich eine Schachtel Zigaretten bis auf eine aus, erhalte den Hut, ziehe die Zigartenschachtel hervor, und schon wird sie mir aus der Hand gerissen. Aber die Dicke flucht. Es ist wirklich nur eine drin. Die anderen lachen sich grün vor Schadenfreude, und die schnaufende Dicke hat für den Spott nicht zu sorgen.

Das war meine Rettung. Ich reisse mich los, springe eine steile Treppe hinauf. Noch eine Strasse, und der Bezirk ist zu Ende. Und die fetten Weiber reihen nicht gern bergauf.

Am Hafen treffe ich Jean, erzähle ihm mein Abenteuer. "Halloh", sagt dieser tolle Bursche, "jetzt erst recht! Jetzt gehen wir zusammen." Und wieder durchstreifen wir diese Strassen. Niemand rührt uns an; überall nur ein freundlich aufforderndes Grinsen. Man kennt hier Jeans Fäuste und fürchtet seine wohlgezielten Boxhiebe.

Ein Photograph hat sich in einer dieser engen Gassen etabliert und macht Blitzlichtaufnahmen von den Dirnen. Sie rücken ihre Schals zurecht, ziehen an ihren Locken und stellen sich vor den Eingängen ihrer Häuser in Positur. Aber die eine findet sich nicht schön genug auf dem Bilde und verwackelt und wirft mit grossen Fusstritten das Kopierwasser und den Apparat durcheinander. In einer anderen Gasse, in der üblen "Strasse der Nacht", verkauft ein kleiner Japaner billige Ketten und unechten Schmuck. Die Dirnen haben ihr Handwerk vergessen und betteln nur noch: "Schenk' mir eine Kette, eine einzige, kleine Kette!"

"Soll ich?" fragte ich Jean.

"Verrückt", knurrt der nur, "dann wil jede aus der Gasse eine haben."

"Soviele hat der kleine Japaner ja garnicht."

"Dann wird man Sie so lange festhalten, bis man einen anderen Japaner gefunden hat, der auch Ketten verkauft. Das ist hier alles höchst einfach."

Der kleine Japaner hat es nicht leicht. Er muss furchtbar handeln, und wenn er maukt und schreit und man mehr bezahlt, dann ist es falsches Geld oder längst ausser Kurs gesetzt. Eben erhebt sich wieder so eine strittige Kursfrage.

ge, die aber ernsthafterer Natur zu werden scheint, denn in den Haustoren erscheinen ein paar finstere männliche Gesichter. Jean zieht mich am Arme, und wir gehen weiter. Kaum sind wir in der nächsten Strasse, da geht die Keilerei schon los. Man hört es an den Schreien und dem Gekeif der Weiber, dem Schimpfen und Fluchen der Männer. Strassenweit kann man es bald hören, dass wieder einmal ein solenner Raufhandel im besten Gange ist. Am Hafen machen zwei Polizisten kehrt und ziehen sich zurück und lächeln, wie aus allen Gassenmündungen Gestalten heraushuschen, die gleich uns nicht den Ehrgeiz haben, handgreiflich auf dem Kriegsschauplatz mitzuwirken.

Mario Mohr.

Annelies.^x

SPD. Im Mädchenverein beneideten sie alle. Es war ersichtlich, dass sie von Fräulein Witte, der Leiterin, vorgezogen wurde. Warum eigentlich? Sie hatte doch auch nur die Volksschule besucht, sprach ein schlechtes, von breiten "Nees durchgesetztes Deutsch und ging auf Aufwartung wie die meisten von ihnen. Und besonders hübsch? Es hatte eben ein jedes seinen eigenen Geschmack!

+ + +
Fräulein Witte, die junge Lehrerin, seufzte leise vor sich hin, während sie, sich auf den Versammlungsabend des Mädchenvereins vorbereitend, geeignete Lektüre zusammenstellte. Es war so schwer mit den Mädchen. Diese zwei Dutzend Häusangestellte, junge Aufwärterinnen, Fabrikarbeiterinnen leisteten sich an Empfindlichkeit mehr als eine Lyzeumklasse; andererseits wieder konnten sie so stumpf und uninteressiert sein, dass man hätte Feuerzungen haben mögen, um Begeisterung bei ihnen zu wecken.

Ja, Annelies! -- Las Fräulein Witte ein schönes Gedicht vor, so glänzten Anneliesens schwarze Augen vor Entzücken. Erzählte sie eine Geschichte, so war Annelies die erste, die eine Anknüpfung, eine Anwendung auf etwas Naheliegendes, das alle anging, fand. Dann konnten sie alle lebhaft werden!

Aber zugleich war diese Kleinleutetochter ihr Schmerzenskind. Es wollte beruflich nicht recht vorangehen mit ihr. Zuerst hatte sie sich als Verkäuferin versucht, aber sie konnte das lange Stehen nicht vertragen, und der Arzt verlangte, sie sollte sich eine andere Beschäftigung suchen. Sie besass ein hübsches Zeichentalent; aber um es in der Zeichenabteilung der grossen Fabrik am Orte verwenden zu können, hätte sie noch ein Jahr lang Unterricht nehmen müssen -- und das wollten die Eltern nicht an das Mädchen wenden. Verdienen! Verdienen! So hiess es ständig daheim. Deshalb ging Annelies vorläufig auf Aufwartung. Was Fräulein Witte bei dem zarten Ding nicht gern sah. --

+ + +
Annelies sass auf einem Schemel in Fräulein Wittes blumengeschmücktem Wohnzimmer. Sie hatte das Recht, hier aus und ein zu gehen; und so sass sie heute wie oft und wartete auf ihre Beschützerin. Den Brief auf ihren Knien hatte sie schon mehrmals mit heissen Backen durchstudiert. Eine Freundin von Fräulein Witte schrieb nämlich, sie hätte sich alles überlegt, und sie sei bereit, für Anneliese unentgeltlich ein Stübchen abzugeben, und das bisschen Essen fände sich auch noch dazu; sie könnte ein Jahr bei ihr bleiben und in der Zeit etwas Tüchtiges lernen, um sich dann ganz auf eigene Füsse zu stellen.

Annelies brütete vor sich hin. Erlauben würden die zu Hause das ja niemals! Dass sie in eine andere Stadt ginge, ein Jahr lang nichts verdiente! Sahen sie doch schon ihren Umgang mit der verehrten Lehrerin mit schellen Augen an... "Bleib, wo du hingehörst!" -- "Halte dich zu deinesgleichen!" Das musste sie als täglichen Vorwurf hören. Als ob sie ihnen nicht schon längst entfremdet wäre!

Mit der heimgekehrten Lehrerin begann eine schwierige Beratung. Fräulein Witte war dafür, dass Annelies das Angebot auf jeden Fall annehmen sollte, und dachte es sich leicht, die Eltern zur Vernunft zu bringen.

"Nie lassen sie mich gutwillig aus dem Haus!" schrie Annelies trostlos.

"Dann gehst du eben heimlich weg", riet die Lehrerin, der das Wandervogelblut noch in den Gliedern steckte.

Man verabredete schliesslich, dass Annelies ihre Sachen packen und sich ohne Vorwissen der Ihrigen, von Fräulein Witte mit Reisegeld versehen, auf die Bahn begeben sollte. Fräulein Witte würde dann schon den häuslichen Zorn zu dämpfen suchen.

Annelies stürmte fort. Aber je mehr sie sich der elterlichen Wohnung näherte, desto langsamer wurden ihre Schritte, und schliesslich blieb sie mit hängendem Kopfe stehen. Vor den gesenkten Augen sah sie plötzlich ihr Zimmerchen mit dem sauberen gewohnten Bette, dem Nähtischchen mit dem Spiegel darüber und den kleinen, selbstgerahmten Bildern an der Wand... Und dieses Zimmer schien wie eine Wolke hoch am Himmel dahin zu ziehen und schnell aus ihrem Gesichtskreise zu verschwinden.

Nie, nie würden sie ihr's vergeben, wenn sie jetzt heimlich ging; nie durfte sie dann wieder nach Hause, in ihr Zimmerchen zurück! Fräulein Witte kannte die Ihrigen nicht! Und überhaupt war das alles anders bei den besseren Leuten. Fräulein Witte hatte ein schönes Gehalt, und ihre Mutter hatte Verständnis für alles, was sie tat. Wenns aber ihr, der Annelies, schlecht ging, wohin sollte sie da? Ohne Heimat?

Tief erschrocken stürzte sie auf ihre Haustüre zu. Die Mutter empfing sie scheltend: "Wo bleibst du denn? Soll ich heut' am Sonnabend das Haus allein putzen? Dir ist's wohl recht, wenn der Dreck mannhoch liegen bleibt!"

Annelies riess ihr, ohne, wie sonst, schwippisch zu antworten, den Scheuerlappen aus der Hand und warf sich leidenschaftlich und tief bereuend in die Arbeit.

K.Dorf.

Sozialkosmetik.^x

SPD. Ein ganz neues Betätigungsfeld ärztlicher Kunst ist in Deutschland aufgetaucht: die Kosmetik und ihr wichtigster Zweig, die Sozialkosmetik. Diese Erscheinung hängt auf der einen Seite zusammen mit der Erkenntnis, dass ärztlicher Hilfsmöglichkeit nicht mit der Behandlung und Heilung des physischen Menschen Genüge getan ist, auf der andern Seite mit der Sehnsucht nach Jugend, die aus erotischen Quellen und dem Zwange zur Konkurrenzfähigkeit im beruflichen Leben kommt.

Die entscheidende Aufhellung, die die Unter- und Hintergründe der Seele durch die Ergebnisse der neuen Psychologie erfahren haben, musste die ärztliche Wissenschaft bei der Heilung in stärkstem Mass berücksichtigen. Dazu gehört die Abhängigkeit des inneren Gleichgewichts vom jeweiligen äusseren Zustände des Menschen, Man sah sich also gezwungen, auch da zu behandeln, wo man ehedem als Krankheitsfaktor nur Eitelkeit angenommen hatte. Dr. Martin Gumpert, der Leiter und Einrichter der ersten sozialkosmetischen Beratungsstelle in Deutschland, drückt das so aus: Nicht selten wird eine an sich unauffällige und unbedeutende Affektion Sammelpunkt aller Minderwertigkeitsgefühle einer Persönlichkeit. Hemmungen und Misserfolge werden psychotisch auf eine winzige äussere Abirrung vom Normalzustand zurückgeführt.

Aus dieser psychologischen Erfahrung ergibt sich die Notwendigkeit einer auf breiteste Basis abgestellten Kosmetik für den Berufstätigen und den Arbeitssuchenden. Kosmetik, wie man sie bisher verstand, und wie sie in Frank-

reich in grossem Umfange von bedeutenden Aerzten und Chirurgen betrieben wird, stand lediglich im Dienste der Begüterten. Mit diesem Privileg will die Entstellungsbekämpfung endgültig brechen, weil sie eben die tiefen sozialen Verknüpfungen erkannt hat und die Einreihung des äusserlich gezeichneten Menschen in den Konkurrenzkampf unter normalen körperlichen Voraussetzungen für ebenso wichtig hält, wie die Wiederherstellung des Selbstvertrauens beim nur psychisch Gestörten und Behinderten.

Die Notwendigkeit sozialer Entstellungsfürsorge motiviert Dr. Gumpert folgendermassen: Entstellung ist eine grausame Waffe im sozialen Machtkampf. Diese Waffe trifft nicht nur den einzelnen; sie richtet sich gegen soziale Gruppen in ihrer Gesamtheit; sie schafft Uniformen des Ausdrucks und der Gestalt, die schon von weitem den Träger deklassieren, ihn einen Abstand fühlen lassen sollen. Wie das Dasein des Verelendeten ohne Luft, Licht, Nahrung, Gueter nur die Entstellung, die Karikatur eines normalen Daseins ist, so ist auch seine Gestalt Verzerrung, Entstellung, Karikatur der wahren Menschengestalt. Fraglos ist das Bewusstsein der deklassierenden Verelendung der äusseren Gestalt und des Lebensstils in letzter Zeit wacher und reger geworden. Der schuftende, zerlumpte, hässlich wohnende Proletarier stirbt aus. Man weiss heute, dass auch die Arbeitsstätte, die Wohnung, die Kleidung des arbeitenden Menschen Anspruch auf zweckmässige Schönheit erheben dürfen. Man baut "schön" für das arbeitende Volk; Kleidungskultur gibt es auch für Arbeiter; nur ein Schritt weiter führt dazu, dass auch die Gestalt des arbeitenden Menschen, durch die Strapazen erschwerter Lebensführung besonders gefährdet und geschädigt, vollen Anspruch auf Vorbeugung und Beseitigung dieser Schädigung erheben darf.

Dr. Gumpert hat seine Ideen verwirklichen dürfen und berät in der Städtischen Beratungsstelle für Geschlechtskranke im Norden Berlins auch Entstellungen, deren Behandlung dann von Fachärzten meist unentgeltlich übernommen wird, bis die Krankenkassen eine Möglichkeit gefunden haben, auch für die soziale Entstellungsbekämpfung Beiträge zu leisten. Die Beratungsstelle wird stark frequentiert, meist von Artisten und Schauspielern, also von Menschen, deren Aussehen ein Teil ihrer Arbeitsleistung ist, jedoch auch von Angestellten, Beamten usw.

Arno Ullmann.

SPD. Gefährliche Sauberkeit.^x Die amerikanischen Hallenbäder sind gefährliche Aufenthaltsorte. Nach der Statistik einer grossen Versicherungsgesellschaft verunglückten nämlich nicht weniger als 45 000 Personen jährlich in den Bädern. Die meisten Unglücksfälle geschehen durch Ausgleiten auf Seifenschaum und Verbrühen durch zu heisses Badewasser. Sonntag und Donnerstag sind die Tage mit der höchsten Unfallziffer. Das übliche "Bad am Samstag Abend" scheint also in Amerika nicht so weit verbreitet zu sein wie bei uns.

SPD. Ein 2500 Jahre altes Bergwerk.^x Das älteste Bergwerk der Welt befindet sich nach den Forschungen de Morgans auf der Halbinsel Sinai. Im Sinaigebirge gibt es nach dem französischen Gelehrten Kupferbergwerke, die schon vor 2500 Jahren ausgebeutet worden sind. Ihre Abteufung fällt ungefähr in das sechste Jahrhundert vor Christi Geburt. Nach den von de Morgan mitgebrachten Erzproben konnte festgestellt werden, dass die Hüttenvorgänge bei der Metallgewinnung zu jener Zeit den heutigen ganz gleich waren, und dass ferner der Kupfergehalt der Sinai-Erze sehr gering gewesen ist, sodass sich nur durch Billige Sklavenarbeit die Ausbeute gelohnt hat.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 14. April 1930.

x

Die Probe.

von A. Jean.

SPD. Pedro Harmanos war einfach baff. So viel Luxus hatte er noch nie gesehen. Ein Teppich, so dick, dass man darin versinken konnte, lag im Vestibül. An den Wänden standen mächtige geschnitzte Schränke. Auf dem einen glänzte ein Pferd aus Jade, auf dem andern ein kristallner Fisch. Bequeme Lehnstühle luden zum Sitzen um einen prachtvollen Rauchtisch ein. Dann erschien eine Kammerzofe mit bernsteingelbem Bubikopf: Ob der Herr jener Herr sei, den die gnädige Frau erwarte?

"Ja," entgegnete er, "wir wollen ja proben."

"Jawohl." Ob der Herr ihr folgen wolle...

Das tat der junge Mann, bald danach in einem dunklen Zimmer zu stehen, in dem weiche Ruhebetten an einfach getünchten Wänden aufgestellt waren. Es war das Arbeitszimmer der berühmten Schauspielerin Fanny Moustier. "Entschuldigen Sie, bitte, dass ich Sie hierher bitten liess," säuselte die Herrscherin des Hauses. "Aber wenn ich abends spiele, bin ich tagsüber buchstäblich tot."

"Gott bewahre," versicherte Pedro, "ich stehe zu Ihren Diensten." Fanny Moustier lächelte ihr weltberühmtes Lächeln. Pedro stellte fest, dass sie sich eine gute Figur bewahrt hatte. Andererseits konnte man sich jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich um ihre Augen bereits viele kleine Falten und Schwellungen eingeschlichen hatten, und dass die berühmten rosenfarbenen Perlen, die sie um ihren Hals trug, zur Hälfte in ihrem schlaffen Fleisch versanken, als sie sich ein wenig vom Diwan erhob.

"Haben Sie die Rolle bei sich?"

"Das ist durchaus nicht notwendig, Madame, Ich kann sie auswendig."

Nur auf Empfehlung ihres Tanzlehrers hatte sie den jungen Brasilianer als Partner zu ihrem neuen Sketsch engagiert. Erst jetzt wollte sie prüfen, ob er genügend Talent besass. "Sie erinnern sich also an die Szenenfolge?" fragt sie langsam. "Während der Vorhang aufgeht, bin ich allein; es ist Abend; ich habe mich hingelegt, um auszuruhen. Alles um mich ist blau - dunkelsamtblau. mein Kleid allerdings ist weiss und grell vom Scheinwerfer beleuchtet, und plötzlich erscheinen Sie im Fensterrahmen —"

"Entschuldigen Sie", sagte der junge Mann, "aber wäre es nicht besser, die Szene gleich hier zu arrangieren?"

"Ja - gern."

Er schob einen Lehnstuhl in die Mitte des Zimmers. Dann stellte er zwei Stühle gerade gegenüber. "Das ist also das Bett, auf dem Sie ruhen - und das dort ist das Fenster. Was soll ich nun tun? Wollen Sie's mir, bitte, sage Er stellte sich zwischen die beiden Stühle und breitete die Arme aus, als wenn er einen Vorhang teilte. Fanny nahm auf dem Lehnstuhl in lässiger Haltung Platz. "Ja - so ist es gut - sehr gut - gehen Sie nur auf mich zu - nein - etwas leichter! Auf den Zehenspitzen - bedenken Sie - ich schlafe, und Sie wollen mich um keinen Preis wecken."

"Darf ich Sie ansehen?" fragte der junge Mann.

"Mein Gesicht dürfen Sie nicht betrachten. Sie sollen nur die ganze

Zeit wie gebannt auf meine Perlenschnur starren - das ist das einzige, was Sie interessiert - Sie sollen den Eindruck erwecken, hypnotisiert zu sein - gut - sehr gut - halt! Dann kommt die nächste Phase. Ich habe im Schlafe gespürt, dass jemand in meiner Nähe ist; jetzt öffne ich die Augen, sehe Sie - will Hilfe schreien, aber es ist zu spät; schon haben Sie sich über mich gebeugt, drohen mir mit dem Revolver, falls ich schreie; ich schweige aber aus Angst. Dann binden Sie zuerst meine Hände zusammen; dann fesseln Sie auch meine Füße, knüpfen ein Tuch um meinen Mund, nehmen mit raschem Griff die Perlen, um mit ihnen zu flüchten. Aber in diesem Augenblick begegnen sich unsere Blicke - von meinen Augen strahlt eine derartige magnetische Kraft aus, dass Sie zögern - meine Augen bitten und befehlen zugleich - Sie können nicht widerstehen - gegen Ihren Willen nähern Sie sich mir von neuem, befreien meine Hände und Füße, nehmen auch die Binde von meinem Munde - und in einem halb zweifelndem, halb neugierigen Ton sage ich: "Kommen Sie - reden wir mal vernünftig miteinander!" - und dann kommt unsere Unterhaltung. - Sind Sie im Bilde?"

"Ja - natürlich."

Fanny hatte sich im Lehnstuhl zurückgelehnt und verfolgte aufmerksam die Bewegungen des jungen Mannes. "So - so ist's gut - ruhig - ganz ruhig - so - jetzt erwache ich - der Revolver! Haben Sie keinen? Na - ja - dann fesseln Sie mir Hände und Füße!"

"Wenn ich nur nicht Ihren schönen Schal ruiniere!" sagte Pedro bedauernd.

"Ach - Sie können ja auch die Portierenschnur nehmen. So - und den Schal um den Mund - binden Sie nur ordentlich fest - natürlich nicht zu fest - - -"

Mit sanften, ruhigen Bewegungen hatte er sie gefesselt und wickelte nun das feine Tuch um ihren Mund. Sie konnte sich weder rühren, noch konnte sie sprechen. Da nahm er die rosenrote Perlenschnur und liess sie in seiner Tasche verschwinden, verbeugte sich wie ein Kavalier und entfernte sich, ohne auch nur die geringste Notiz davon zu nehmen, dass ihr magnetischer Blick zugleich "bat" und "befahl"....

X

Athen feiert Ostern!

Von unserm Athener Korrespondenten.

SPD. Während nach dem "neuen Kalender", den das panorthodoxe Kirchenkonsilium im Jahre 1923 votierte, sämtliche anderen Kirchenfeste sich mit denen der römisch-katholischen und der evangelischen Kirche decken, hinkt man in Athen im Osterfeiern ausgerechnet eine Woche nach. Die Karwoche verläuft mässig ruhig. Gesetzlich sind Kinos und Dielen, Varietes und Theater geschlossen; ungesetzlich läuft alles seinen alten Trott weiter. Nur der Karfreitag hat seine eigene Note: ganz Athen ein Flaggenmeer, die Flaggen auf - Halbmast! Lämmer wandern zu Hunderttausenden von nah und fern in unübersehbaren Kolonnen nach den Schlachtbänken der griechischen Metropole, Schiffsladungen Eier türkischer, rumänischer und bulgarischer Herkunft werden im Piräus ausgeladen und in Lastkraftwagen nach dem Eiermarkte transportiert. Das Volk hungert, um sich am Ostersonntag mit doppeltem und dreifachem Appetit an den Genüssen des Leibes gütlich zu tun, für deren Anschaffung man monatelang vorher eifrigst gespart hat.

Während so der Karfreitag neben dem Fasten für die Verproviantierung zu den Feiertagen sorgt, dient der Sonnabend vor dem Feste der Anschaffung des neuen Strohhuts, des obligatorischsten aller obligatorischen Festesutensilien; der Versorgung mit Böllern, Leuchtraketen und mehreren Dutzenden Knallfröschen; endlich auch dem Kaufe wohlgeformter Weihekerzen, Weihrauch und Myrten. All

diese Dinge braucht der Grieche zur vollkommenen Festesstimmung. Zwar sind die Renumerationen in diesem Lande recht knapp für Arbeiter und Beamte ausgefallen, und den Staatsangestellten wurde sogar trotz der hundertsten Wiederkehr des Jahrestages der Befreiung von Hellas eine Gehaltsaufbesserung verweigert. Aber der Strohhut gehört zu diesem Tage wie die Sonne zum Osterfeste; sein Kauf ist mit Lebensgefahren verbunden, der Gestehungspreis demgemäss so niedrig wie nur irgend möglich gehalten. Während der Westeuropäer seine diesbezüglichen Einkäufe auf Wochen verteilt, müssen eineinhalb Millionen zappelnder Südländer einen einzigen Tag im Jahre der Abwicklung dieses wichtigen Ereignisses opfern. Laden an Laden mit Bergen von Hüten, auf der Strasse Tische mit turmhohen Stössen; sogar die alte königliche Oper muss dazu herhalten, dem Ansturm der Menge Genüge zu tun. Das System ist dabei erstaunlich einfach: vor dem Laden Schlange stehen, beim Betreten des Ortes der Freude Kopfmessen durch mehrere besonders damit beauftragte Angestellte, Bestimmung eines der fünf vorhandenen Einheitsmodelle und Preislagen, kurzes Aufprobieren der Butterblume, Kassenbon, Zahlen, Erhalt des Hutes in schreiend grünem Oster-Seidenpapier, Abmarsch durch die Mitte zur hinteren Ladentüre: Bitte, der nächste Herr!

Nach dem Strohhut für 15, 20, 25 Mark - Ausländer zahlen fünfzig Prozent Aufschlag - bestimmt das Anschaffungsprogramm den Kauf des Feuerwerks. Auch hier braucht man nicht lange nach dem Gewünschten zu suchen; auch hier bietet der Markt Ware in Bergen geschichtet. Ungeheuer von Böllern, grüne, rote und blaue Fackeln, farbige Streichhölzer, Ratscher und Raketen geben um zwölf Uhr mitternachts das Zeichen, dass auch für Hellas Christus erstanden ist. Das Volk hat viel Geld dafür übrig, auch wenn die Sohle des Stiefels noch so abgelaufen ist; zum neuen Strohhut gehören Feuerzeug, Kracher und Brummer, die vor dem Fenster des Liebchens explodierend den Ostergruss des Liebhabers entbieten, unter dem Bette des Feindes zur Detonation gebracht werden, jedoch auch angstverzerrte Mienen und nicht selten Nervenschocks der aus der Ruhe Gescheuchten im Gefolge haben. Keine Polizei greift ein, und der Volksmund behauptet, dass böse Griechen bereits dem Diogenes unter seine Tonne byzantinische Böller gelegt haben, um den Weisen aus seinem Schlafe zu schrecken. Der Rest der Geldkatze jedoch dient den Magengenüssen. Da die griechische Hausfrau mit der Kunst des Kochens nur spärlich, mit der noch edleren Kunst des Backens überhaupt nicht vertraut ist, so laden Kuchenberge mit eingebackenen roten Ostereiern auf offener Strasse den Heimwärtswandelnden ein, sich die Freude des Festes zu verschönern. Man kauft, so viel man nur zu tragen vermag; es soll dreiköpfige Familien geben, die sich für die Ostertage mit der Kleinigkeit von drei Lämmern, zweihundert Ostereiern und achtzehn Gugelhupfen eindeckten, und bei denen bereits am Osterdonnerstag - denn so lange feiert Griechenland das Fest - nur noch Haut, Haare und Knochen, selten jedoch ein verdorbener Magen vorhanden ist. Osterfreude - Magenfreude!!

Die Nacht gleicht in Athen einer Hölle! Der Fremdling glaubt die Türken vor den Toren zu hören. Die Kuppeln der Kirchen sind erleuchtet; wieder dieses vertraute Flaggenmeer, nur diesmal auf Vollmast, die Häuser und Strassen illuminiert, die Akropolis und der Berg Lykabettos mit Lichterkrone und im Banne zweier riesiger Scheinwerferkegel, ungezählte Raketen in den Lüften und überall dem dieser sogar nachts ewig dunkelblaue Südländshimmel mit Grosseem Bären und Sternengefolge. Von Haus zu Haus ziehen Kapellen, Gesellen mit Blasinstrumenten, zum hundertsten, zweihundertsten Male immer ein und dieselbe Weise spielend. Jeder gibt mit vollen Händen: Geld, Ostereier, Kuchen. Man beglückwünscht sich, küsst sich zu ungezählten Malen auf offener Strasse, bringt Ständchen mit Laute und Fiedel und schüttet Wasserkrüge aus Neid auf die heimischen Sänger hernieder, die die Harfe zu Ehren der Konkurrenz zupfen.

Athen feiert Ostern! Die Nacht ist endlos. Gekrach auf Gekrach, Ständ-

chen auf Ständchen, die Nacht voller Liebestaumel und Frühlingsglocken, Zwischen den gestürzten Säulen des Jupiter-Tempels, zwischen den Marmorblöcken der Akropolis und in den Palmengärten zwischen Athen und dem nahen Meere huschen Pärchen voller Leidenschaft, Ostern und den Frühling kostend. Jeder hat sich schön gemacht; in die Eintönigkeit und den Staub der Stadt versucht jeder Farbe, Leben und Bewegung zu bringen; Männlein zieht Weiblein an, Koketterie wirbt um den Mann. In den frühen Morgenstunden, beim Dämmern, ist der Trubel zu Ende; die Frösche sind nur noch Lunte, die Kracher Staub, die Raketen in den Lüften verschwunden. Die Musiker haben schon längst Trompete und Bass in die Wirtshausecke gestellt und den Lohn ihrer Begabung in Form von Mastika und Samos die Kehle heruntergejagt. Die hunderttausend Strohhüte aber hängen am Kleiderhaken, um ihren Herrn zu beschatten, der schlafend vom nächsten Osterfest träumt. Nur einer aus der ehemals königlich griechischen Oper, einer für einhundertzwanzig Drachmen, liegt zwischen geborstenen Säulen zwischen Jupiter-Tempel und Adrians-Bogen; sein Herr verlor ihn, als er, im süßen Liebestaumel von kriechenden Griechen als heimlichen Zuschauern überrascht, im Fluchtschritt eiligst das Weite suchen musste.

Und nun feiert Athen materielle Ostern nach den Märchenträumen der Osternacht. Jetzt walten Lämmerbraten, Eier und Spinat das Festes und Kuchen ihres Amtes, materielle Güter, die in allen Ländern der Erde gleich sind. --

Ostern.

Noch bis in unsre Zeit hinein reichen uralte Osterbräuche. Sie stellen alle das Wachstum der Sonne, des Wiedererwachen der Natur und des Naturtriebes in den verschiedensten Formen dar. Der Mensch fühlte sich ja früher auch mit der Natur völlig verwachsen, gewissermassen selbst ein Stück Natur. Auch das jüdische Passah, aus dem unser christliches Osterfest hervorgegangen ist, war ein Naturfest, ein Fest der ungesäuerten Brote; die zu Beginn der Aussaat genossen wurden, und zugleich ein Fest der geopferten Erstlinge der Tiere. Aber bei den Juden hatte das Passah schon einen geschichtlich-menschlichen Charakter angenommen. Es war ein Nationalfest geworden zur Erinnerung an die Befreiung der Juden aus der ägyptischen Knechtschaft.

Dann haben die griechisch-kleinasiatischen Kulte auf die Entstehung des christlichen Osterfestes eingewirkt. Der Mithras- und Adoniskult und andre Kulte stellten den Menschen zwar auch in die Natur hinein. Sie liessen ihn sterben wie das Weizenkorn in der Erde oder wie die Sonne im Winter. Aber sie liessen ihn wie die sprossenden Pflanzen zugleich neu belebt werden; sie liessen ihn wieder auferstehen. Schon das war eine Erhebung des Menschen über die Natur, insofern der Mensch sich verwandelt und nur das Geistige im Menschen fortlebt. Dies Geistige aber muss, um aufzuerstehen, eine Reinigung und Läuterung durchgemacht haben, um als etwas Besseres aufzuerstehen.

Diese Gedanken haben im christlichen Osterfest eine klassische Form bekommen. Im Urchristentum ist die Auferstehung noch ziemlich körperlich gedacht. Im apostolischen Glaubensbekenntnis wird sogar von einer Auferstehung des Fleisches gesprochen.

Unsre Philosophen haben uns gelehrt, nicht so materiell zu denken. Sie reden von einer Unsterblichkeit der Seele. Die heutige Wissenschaft will freilich von einer Unsterblichkeit der Seele nur noch wenig wissen. Sie ist ja überhaupt fast ganz naturwissenschaftlich beeinflusst. Sie steht aber nicht am Ende, sondern erst am Anfang des grossen wissenschaftlichen Aufstiegs der Menschheit. Vielleicht kann uns die Wissenschaft in den weitern Jahrhunderten und Jahrtausenden neue Forschungen über irgendwelche geistige Unsterblichkeit

erschliessen.

Das Osterfest hat jedoch nicht nur spekulativen Charakter. Es hat vor allem auch ethische Bedeutung. Es redet von Erneuerung: von Erneuerung durch Leiden. Das ist immer sehr viel fruchtbarer und entwicklungskräftiger als die Spekulation. Manche Menschen sind zwar durch die Leiden und Schmerzen, durch das Elend und den Jammer in der Menschheit schwermütig und verzagt geworden. Andre hat das Elend dazu getrieben, den Augenblick zu geniessen, unbekümmert um die Folgen, die daraus entstehen. Aber die wirklich wertvollen Menschen haben gerungen um den Fortschritt, ihren eignen wie den der Menschheit. Manch einer ist darüber zugrunde gegangen, aber er hat für den Fortschritt der Menschheit gelitten. Sein Karfreitag ist für die Menschheit ein Erlösungstag geworden. Diese leidenden Kämpfer sind die wahren Helden der Menschheit, ob sie nun ein Heldenbucg nennt oder nicht, ob sie mit kleinen oder grossen Kräften den Kampf geführt haben.

Noch heute muss das Proletariat diesen Leidensweg gehen. Wir haben zwar schon viel erreicht. Wir wollen das nicht gering schätzen. Aber es ist doch noch wenig gegenüber den Zielen, die wir verfolgen. Denn wir wollen und müssen eine ganz neue Menschheit heranbilden, die von kapitalistischer Ausbeutung, von Herren und Knechten nichts weiss, der nicht der Egoismus, sondern die Gemeinnützigkeit das Gesetz des Handelns vorschreibt. Bis das erreicht ist, wird freilich noch viel Leid erduldet, noch viel Kampf durchgeföhrt werden müssen. Aber es muss von Stufe zu Stufe eine fortschreitende Entwicklung sein, in der jede Niederlage, jedes Leid, das uns zugefügt wird, uns nur einen neuen Ansporn gibt.

Wir müssen da auch wieder zu einer neuen Art von Festen gelangen, wo wir einen Augenblick feiern und ausruhen und zur Sammlung neuer Kräfte uns ermutigen - Festen, die an die alte Überlieferung, anknüpfen, aber den gewonnenen Fortschritt besser verdeutlichen. Feste verlangen bestimmte Formen und Sinnbilder. Wie einprägsam und dauerhaft diese sein können, sehen wir ja an den Bräuchen, die aus uralter Zeit stammen und in manchen Glaubensvorstellungen noch heute eine gewisse Festigkeit besitzen. Auch wir werden hoffentlich einmal schöpferisch werden auf diesem Gebiete!

Pfarrer Kötzsche (Prösen).

Rekordwahnsinn.^x Die Polizei der Ford-Stadt Detroit in den Vereinigten Staaten musste kürzlich einschreiten, um einem Marathontanz, der schon 107 Stunden gedauert hatte, ein Ende zu machen. In der ganzen Zeit hatten die Tänzer nur wenige Minuten geschlafen. Ein anderer Rekordsüchtiger, Charles Nicholas, tanzte 1927 unausgesetzt 266 Stunden lang. Miss Margaret Miller aus Roseland bei New York erhielt einen silbernen Becher, weil sie eine 63 km lange Strecke Black Bottom tanzend zurückgelegt hatte. Ein anderes amerikanisches Mädchen erhielt kürzlich einen Preis von 1000 Mark, weil sie 106 Stunden lang Schallplatten angehört hatte. Am Ende dieses ihres Rekords delirierte sie und musste in ein Krankenhaus gebracht werden. Man bangte lange Zeit um ihren Verstand. Eine unsinnige lebensgefährliche Belastungsprobe für den Magen stellt der Rekord des Berliner Schuhmachers Max Hini dar, der 75 Eier in 10 ½ Minuten ass und so den bisher von John Williams, genannt "das wandelnde Omelette", gehaltenen Rekord im Eieressen an sich brachte.

Osterauferstehen.

Ostern! - Das ist ein Auferstehen,
 Die Knospe will sich entfalten,
 Der Keim die Scholle spalten,
 Er will die Sonne sehen.
 Der Winter kann ihn nicht halten,
 Der Winter muss vergehen.
 Das Leben wird neu, - das Leben ist ewig.

Ostern, - das ist ein Auferstehen,
 Einst haben sie Feuer gezündet
 Der Göttin, die sich verbündet
 Dem Lenz und des Lichtes Steigen.
 Ostara! Ein Vogelruf kündigt:
 "Wir bauten das Nest in den Zweigen!"
 Das Leben wird neu - das Leben ist ewig.

Ostern, - das ist ein Auferstehen
 Der Liebe, die sie begraben,
 Ans Kreuz geschlagen haben
 In alten, in unsern Tagen.
 Noch immer krächzen die Raben,
 Wir wollen es länger nicht tragen,
 Das Leben wird neu, - das Leben ist ewig.

Ostern! - Wir wollen auferstehen!
 Wir, selbst noch im Dunkel Verlorne,
 Wir wollen für Ungeborne
 Zum Kampf um die Freiheit gehen,
 Dass sie als Auserkorne
 Den leuchtenden Frühling sehen.
 Das Leben werde neu, - das Leben ist ewig.

Henni Lehmann.

x

Die häufigsten Todesursachen. Folgende Zusammenstellung ist das Ergebnis einer kürzlich angestellten wissenschaftlichen Untersuchung über die häufigsten Todesursachen bei den Menschen. Es sterben von je 10000 Lebenden in einem Jahre an Tuberkulose 21,5, Krebs 20,3, Lungenentzündung 18,8 Magen- und Darmleiden 17,4, Gehirnschlag 13,1, Altersschwäche 10,8, Influenza 4,5, Rose und Wundinfektion 2,3, Masern und Röteln 2,2, Keuchhusten 2,0, Blinddarm-entzündung 1,3, Diphtherie 0,9, Typhus 0,5 und Scharlach 0,2. An der natürlichsten Todesursache, nämlich an Altersschwäche, sterben demnach verhältnismässig wenige Menschen. Tuberkulose und Krebs bilden leider noch immer die bei weitem häufigsten Todesursachen. Wie sehr besonders in gewissen Berufen die Tuberkulose wütet, mag aus folgender Übersicht hervorgehen. Es sterben an Lungenleiden von 10 Tapezierern 4, von 10 Zigarrenarbeitern 6, von 10 Metallarbeitern 7 und von 10 Steinhauern 9 Menschen.

Halb und halb!

Schaurig, was in diesen Tagen
Alles sich hat zugetragen,
Und was noch geschehen mag.
Hausse war bei den Parteien
Im Vertragen und Entzweien.
Halb und halb ist jeder "Tag".

Und es sprach der grosse Recke
Hugenberg: "Das mit dem Specke
Geht nun endlich doch zu weit.
Lieber fall'n wir auf der Stelle.
Nationalsein geht vor Zölle;
Hei! Wir sind zum Kampf bereit!"

Doch es winkte mit der Mappe
Der Herr Brüning: "Halt't die Klappe
Kinnings, sonst wird aufgelöst."
Wie er winke winke machte,
Manchen ein Gedanke sachte
Und dann immer stärker stösst.

Dreissig dachten schwitzend: "Heute
Wird'ne Wiederwahl zur Pleite.
Lieber fressen wir den Speck!"
Und die Forschen wie die Schlappen
Sah man auseinanderklappen:
"Herr, nimm bloss die Mappe weg!"

Also sieht man heute schwitzend,
Stöhnend die Regierung stützend
Die Partei, die einst so kühn.
Und aus dem, was die versprochen
Und genau so oft gebrochen,
Soll einst Deutschlands Zukunft blühen —???

Walter Schirmeier.

X

Übernaturalismus auf der Bühne. Vor einem Pariser Gericht wurde kürzlich die Klage einer zarten Carmen gegen einen allzu brutalen Don Jose verhandelt. Ähnliche Fälle von Excessen des schauspielerischen Furors ereigneten sich vor mehreren Jahren in England. So wurde in London ein Schauspieler zu einer beträchtlichen Strafe und einem nicht minder grossen Schmerzensgelde verurteilt, weil er auf der Probe einem seiner Kollegen das Handgelenk arg verletzt hatte. - Die Schauspielerin Fanny Kemble erzählt, dass sie jedesmal, wenn sie als Desdemona mit dem bekannten Tragöden Macready auftrat, am ganzen Körper blutunterlaufene Flecke gehabt habe. Aber nicht allein sie hatte Angst vor Macready. Alle Schauspieler, die mit ihm zusammen in einem Stück zu tun hatten, verlangten vor der Vorstellung von der Direktion die Zusicherung einer besonderen Entschädigung.

Deutscher Reichstag

161. Sitzung vom 14. April 1930.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Deckungsvorlagen, beginnend mit dem Agrarprogramm. Die Abstimmungen sollen einem Vorschlag des Präsidenten gemäss nach der Aussprache über alle Vorlagen erfolgen.

Abg. Hoernle (Komm) protestiert gegen das Agrarprogramm der jetzigen Regierungsparteien und wirft den Sozialdemokraten Mitschuld vor.

Abg. Hepp (Chr.Nat.Bauernpartei) bedauert, dass am Sonnabend auch Mitglieder von bürgerlichen Parteien gegen das mit dem Agrarprogramm verbundene Deckungsprogramm gestimmt haben. Trotz der Bedenken gegen einzelne Steuervorlagen müsse das Deckungsprogramm von allen Freunden der Landwirtschaft angenommen werden, weil sonst die Durchführung des Agrarprogramms gefährdet sei. Der Redner bittet insbesondere die Mitglieder des Bayerischen Bauernbundes, ihre an sich vielleicht berechtigten Bedenken gegen die Biersteuer zurückzustellen. Die Steuervorlagen der Regierung seien in wesentlichen Punkten verbessert worden.

Abg. Dr. Hilferding (Soz):

Wenn hinter irgendeinem Programm nur die Mehrheit der Stimmen, nicht aber die Mehrheit der Überzeugungen steht, so hinter dem neuen Agrarprogramm. Dieses Programm bedeutet eine ausserordentlich grosse Gefahr nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte europäische Wirtschafts- und Handelspolitik. Die unvermeidliche Folge würde eine ungeheure Welle von Lohnbewegungen und eine Gefährdung der Stabilität der deutschen Handelspolitik sein. International kann die Überspannung der deutschen Zollpolitik die furchtbare Gefahr heraufbeschwören, dass auch England, Holland, Belgien und andere Länder zum Protektionismus übergehen. In England und Holland allein war unsere Handelsbilanz im letzten Jahre mit einer Milliarde aktiv. Unsere gesteigerte Ausfuhr nach den europäischen Ländern gab in den letzten Jahren 1 1/4 Millionen deutschen Arbeitern Beschäftigung. Dieses handelspolitische Verhältnis wird gestört durch das überspannte Schiele-Programm. Mit diesem Programm wird eine Abenteuerpolitik getrieben, die unsere industrielle Produktion mit vielen Milliarden belasten muss. Darüber hinaus bedeutet das Vorgehen der jetzigen Regierung einen Vorstoss gegen den Parlamentarismus. Wie die Abstimmungen auch ausgehen werden, wir werden den Wahlkampf führen für die Aufrechterhaltung der Demokratie und des Parlamentarismus.

Abg. Dr. Mumm (Chr.Nat.A.G.): Wenn es zur Reichstagsauflösung kommen sollte, so werden wir Christlich-Nationalen mit gutem Gewissen in den Wahlkampf gehen und dabei für die Belebung einer christlichnationalen Kulturpolitik wirken. Die internationale wirtschaftspolitische Einstellung Dr. Hilferdings geht vorüber an der Notwendigkeit, der deutschen Bauernschaft das Leben zu erhalten. Das soll mit dem Agrarprogramm der Regierung erreicht werden. Wir erstreben die Siedlungspolitik, mit der die in der Industrie überschüssigen Arbeitskräfte als Bauern auf eigener Scholle für die Volksernährung arbeiten können.

Reichsernährungsminister Schiele

tritt den Ausführungen des Abg. Dr. Hilferding entgegen mit dem Hinweis auf den Abstand, in dem sich der Index der Preise für Agrarprodukte von dem viel höheren Industrie-Index befindet. Der Sinn des vorliegenden Agrarprogramms liege gerade darin, einen gesunden Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft herbeizuführen. Die grosse Arbeitslosigkeit spreche nicht dafür, dass unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gesund seien. Die Ansammlung ungeheurer Weizen-Pools in den überseeischen Ländern nötige alle europäischen Länder zu ähnlichen Abwehrmassnahmen, wie sie das vorliegende deutsche Agrarprogramm

enthalte. Selbst das freihändlerische England befasse sich mit solchen Massnahmen.

Der Minister gibt dann zu dem Agrarprogramm noch die Erklärung ab, dass die der Regierung zu gebende Ermächtigung auch die Möglichkeit einschliesse, weiterhin den Zollsatz für Gerste zur Viehfütterung bei gleichzeitigem Bezug von eosiniertem Roggen auf 2 Mark herabzusetzen. Bei den Einfuhrscheinen sei nicht daran gedacht, dadurch die Reichskasse stärker in Anspruch zu nehmen. In bezug auf das Gefrierfleisch habe er nicht die Absicht, der bedürftigen Bevölkerung den Genuss von Fleisch zu erschwinglichen Preisen unmöglich zu machen, er sei vielmehr entschlossen, der wirklich minderbemittelten Bevölkerung den bisherigen Fleischverbrauch zu ermöglichen, allerdings auf einem Wege, der auch den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werde.

Abg. Dr. Hilferding (Soz) erwidert, es bestehe kein Streit darüber, dass eine ernste Agrarkrise nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt bestehe. Wenn tatsächlich das vorliegende deutsche Agrarprogramm nicht zu einer Verteuerung der Lebenshaltung der Verbraucherschaft führen würde, dann könnte ja der ausgesprochene Zweck dieser Massnahme, die Erhöhung der Preise für die Agrarprodukte gar nicht erreicht werden. Die mit einer schweren Gefährdung der deutschen Gesamtwirtschaft verbundene Vorlage bringe der bäuerlichen Wirtschaft keinen Nutzen, denn sie verteuere ihr die Futtermittel.

Abg. Dr. Dessauer (Ztr): Wir erkennen an, dass Deutschland auf einen Export-Überschuss angewiesen ist. Trotzdem machen wir das Agrarprogramm mit und sehen darin keinen Bruch mit unserem weltwirtschaftlichen Programm, das sich gegen den Protektionismus richtet. Man darf dabei nicht vergessen, dass es sich hier um einen akuten Notstand handelt, dem abgeholfen werden soll. Die Vorlage enthält ja eine Ermächtigung gerade zu dem Zweck, dass die Zollerhöhungen nur in dem Umfange durchgeführt werden, wie es zur Erreichung stabiler Preise notwendig ist. Bleibt die Regierung bestehen, so kann sie die Durchführung des Programms kontrollieren. Wird der Reichstag aufgelöst, so kann das Agrarprogramm auch mit Hilfe des Art. 48 nicht durchgeführt werden.

Damit ist die Aussprache über das Agrarprogramm beendet. Zur Vorlage über die gestaffelte Umsatzsteuer begründet

Abg. Dr. Remmele-Baden (Soz)

einen Antrag, wonach von der Steuer die Konsumvereine und Wirtschaftsgenossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf die Mitglieder beschränkt, frei bleiben sollen. In ihrer jetzigen Form würde durch die Vorlage bei den Konsumvereinen die Hälfte der Zuweisungen an die Mitglieder weggesteuert. Der Konsumverein ist eine Selbsthilfe-Organisation der Verbraucherschaft. Wenn man ihn steuerlich auf eine Stufe stelle mit dem kapitalistischen Warenhausbetrieb, so sei das ein Missbrauch der Staatsgewalt, ein Ausnahmegesetz gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Im Namen der Reichsregierung habe ich Sie um Ablehnung des Antrags Remmele zu ersuchen. (Rufe b.d.Soz.: "Die reaktionärste Regierung, sagt Schlack!") Es ist durchaus nicht die Absicht der Vorlage, irgendwie die Entwicklung der Konsumvereine zu schädigen oder eine Sondersteuer gegen die Verbraucher einzuführen (Rufe b.d.Soz.: "Das ist aber die Wirkung!"). Es handelt sich nur darum, Betriebe mit einer bestimmten Umsatzhöhe gleichmässig steuerlich zu erfassen ohne Rücksicht darauf, ob der Betrieb genossenschaftlich oder privatwirtschaftlich aufgebaut ist. Der Konsumverein hat dabei noch gegenüber dem gleich grossen Privatbetrieb den Vorzug, dass er nicht zur Körperschaftsteuer herangezogen wird. Die Regierung muss die Ablehnung des Antrags Remmele verlangen, weil eine Annahme des Antrages eine schwere Einbusse an dem finanziellen Ertrag des Deckungsprogramms herbeiführen würde.

Abg. Ende (Komm) bekämpft die Erhöhung und die Staffelung der Umsatzsteuer. Hier wolle die Regierung einen neuen Raubzug gegen das arbeitende Volk unternehmen. Die Arbeiterschaft werde darauf antworten mit der Kriegserklärung gegen das Unternehmertum.

Abg. Dr. Hertz (Soz)

betont nochmals, dass die gestaffelte Umsatzsteuer ein Ausnahmegesetz gegen die Konsumvereine sei. Er ersucht den Minister um Antwort auf die schon früher aufgeworfene Frage, ob er es für richtig hält, dass ein Steuersatz von 50^v - 90 % des Reinertrages auch gegenüber der Privatwirtschaft Anwendung finde und ob und wann die Reichsregierung Gesetzentwürfe vorlegen wird, durch die auch die Grossbetriebe der Industrie einer Ausnahmegesetzgebung unterworfen werden. Wenn als Wirkung der Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine diese Preisregulatoren des Kleinhandels ausscheiden, dann muss die Wirkung eine allgemeine Preissteigerung aller Lebensmittel im Kleinhandel sein. Der Hinweis des Ministers auf die Körperschaftssteuer war ganz abwegig, denn die ständige Rechtsprechung hat immer entschieden, dass die Konsumvereine keine Gewerbebetriebe sind. Die Konsumvereine werden schon durch die normale Umsatzsteuer härter getroffen als der private Kleinhandel, bei dem mit einer wesentlichen Hinterziehungsquote gerechnet wird, die bei den Konsumvereinen nicht in Frage kommt.

Die Aussprache über die Steuergesetze ist damit beendet. Zu Finanzreform und Arbeitslosenversicherung führt

Abg. Grotewohl (Soz)

aus, bei der Kompromissvorlage der Regierungsparteien handle es sich um einen ganz bewussten und planmässigen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Ebenso bedenklich sei die Regelung bei der Invalidenversicherung. Das sei auch in einem an den Minister Stegerwald gerichteten Brief des Vorsitzenden der württembergischen Landesversicherungsanstalt, des früheren Zentrumsabg. Andre anerkannt worden.

Abg. Pieck (Komm) erklärt, das Kabinett Müller habe nicht weniger als das Kabinett Brüning Vorrat an den Erwerbslosen geübt. Bezeichnend sei das Schweigen der Nationalsozialisten. Hugenberg habe offenbar an die Subventionierung der Nationalsozialisten die Bedingung geknüpft, dass die Nationalsozialisten mit keinem Wort mehr gegen den Arbeiterverrat protestieren.

Damit ist die Aussprache über sämtliche Deckungsvorlagen beendet. Es folgen um 2 Uhr die Abstimmungen.

Zum Gesetz über Zolländerungen, das die Mineralölzölle und das Agrarprogramm enthält, werden zunächst verschiedene sozialdemokratische und kommunistische Änderungsanträge abgelehnt. Die Mineralölzölle und die ersten Artikel des Agrarprogramms werden in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, der Nationalsozialisten und bei einigen Artikeln gegen einen Teil der Deutschnationalen angenommen, darunter auch die sogenannte Junctim-Bestimmung, wonach die Agrarvorlage nur in Kraft treten kann, wenn auch sämtliche Deckungsvorlagen angenommen sind.

Die erste namentliche Abstimmung wird vorgenommen bei der Roggenposition der Agrarvorlage. Hierbei wird ein kommunistischer Änderungsantrag mit 261 gegen 193 Stimmen abgelehnt. Nach Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wird das Agrarprogramm in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. In der namentlichen Schlussabstimmung wird das Gesetz über Zolländerungen, enthaltend Mineralölzölle, Junctim und Agrarvorlage, mit 250 gegen 204 Stimmen angenommen. Dagegen haben die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, dafür mit den übrigen Parteien auch die Deutschnationalen gestimmt.

Die Änderungen des Tabak- und des Zuckersteuergesetzes werden in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 224 Stimmen angenommen. Gegen die Vorlage

stimmte mit den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten auch die Minderheit der Deutschnationalen Fraktion.

Die dann folgende namentliche Abstimmung über den Artikel I der Vorlage über die Erhöhung der Biersteuer vollzieht sich unter Lärm und Gelächter. Der Bayerische Bauernbund bildet hier das Zünglein an der Waage. Der Nationalsozialist Dr. Goebbels stellt sich in der Nähe dieser Gruppe auf und schwenkt eine rote Nein-Karte. Als aber der Stimmkartensammler mit der Urne kommt, werfen die Bauernbündler weisse Ja-Karten ein unter Pfui-Rufen der Nationalsozialisten und Beifallsklatschen der Nachbarn aus den Mittelparteien. Mit den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten stimmen auch einige Deutschnationale gegen die Vorlage. Artikel I, der die neue Biersteuer-Staffelung enthält, wird mit 232 gegen 223 Stimmen angenommen. (Pfui!-Rufe.)

Zum Artikel VII, der die Umsatzsteuer-Erhöhung betrifft, wird ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der Makler und Handelsagenten bis zu einem Einkommen von 18 000 Mark von der Umsatzsteuer befreit. Ein sozialdemokratischer Antrag, der auch die freien Berufe von der Umsatzsteuer befreien will, wird abgelehnt.

Zur gestaffelten Umsatzsteuer, der sogenannten "Warenhaussteuer" wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Herausnahme der Konsumvereine aus der Steuerpflicht mit 262 gegen 192 Stimmen abgelehnt.

Die namentliche Schlussabstimmung über die Biersteuervorlage, mit der auch Umsatzsteuer und Warenhaussteuer verbunden sind, ergibt die Annahme der Vorlage mit 228 gegen 224 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und der Minderheit der deutschnationalen Fraktion.

Präsident Löbe erklärt, er werde noch im Laufe der Sitzung das endgültige Ergebnis dieser Abstimmung feststellen lassen, da es sich bisher nur um eine vorläufige Feststellung handle.

Die Änderungen zum Branntweinmonopol werden mit grosser Mehrheit angenommen. Die Mineralwassersteuer wird mit 228 gegen 225 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Angenommen wird auch die Aufbringungsumlage unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags auf Erhebung eines Notopfers. In einfacher Abstimmung wird weiter die Hinausschiebung der Bindung der Länder und Gemeinden an die Reichs-Einheitswerte beschlossen.

Beim Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform werden die sozialdemokratischen Änderungsanträge zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Artikel II, der die Zuweisungen für die Invalidenversicherung von 40 auf 20 Millionen herabsetzt, wird in namentlicher Abstimmung mit 249 gegen 204 Stimmen angenommen.

Der Artikel III über Steuersenkung und Ausgabenersparnis wird in einfacher Abstimmung angenommen, ebenso das ganze Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform in der Schlussabstimmung.

Damit sind alle Deckungsvorlagen der Regierung in dritter Beratung endgültig angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird noch ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Lohnsteuer mit 388 gegen 62 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wird eine Entschliessung der Deutschnationalen angenommen, in der ausreichende Zollsätze für den Weinbau, Obst- und Gemüsebau gewünscht werden. Eine sozialdemokratische Entschliessung auf Herabsetzung der Zölle für Futtergerste wird abgelehnt.

Präsident Löbe teilt mit, dass das endgültige Abstimmungsergebnis für Biersteuer und Mineralwassersteuer nunmehr vorliege und bei beiden Abstimmungen sich die Zahl der Ja-Stimmen um eine erhöhe.

Um 5 3/4 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Freitag, den 2. Mai, 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats für 1930.